

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 23. bis 27. Mai 2008 in Berlin

Inhaltsverzeichnis			
	Seite		
Teilnehmer der deutschen Delegation	1		<i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Werner Hoyer (CDU/CSU), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordneter Hellmut Königshaus (FDP), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Abgeordnete Kerstin Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU), Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU), Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD).</i>
Ablauf der Tagung	1		
Politischer Ausschuss (PC)	1		
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	6		
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	11		
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	13		
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	17		
Plenarsitzung	21		
Empfehlung	26		
Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 23. bis 27. Mai 2008 in Berlin statt.			
Teilnehmer der deutschen Delegation			Bundesrat:
Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:			<i>Staatminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation, Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt, Minister Jörg Schönbohm (CDU), Brandenburg, Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.</i>
Deutscher Bundestag:			
<i>Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation, Abgeordneter Markus Meckel (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation, Abgeordneter Rainer Arnold (SPD), Abgeordneter Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),</i>			Ablauf der Tagung
			Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 24. und 25. Mai 2008 statt. Das Plenum tagte am 27. Mai 2008.
			Politischer Ausschuss (PC)
			Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 24. Mai 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Markus Meckel (Deutschland).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Im Mittelpunkt der Beratung stand der Einsatz der North Atlantic Treaty Organization (NATO) im Mittleren Osten. Weitere Themen waren die Ergebnisse des Gipfels vom 2. bis 4. April 2008 in Bukarest und das Verhältnis zwischen dem Bündnis und der Europäischen Union (EU). Darüber hinaus erörterten die Delegierten die Frage der friedlichen Kooperation mit dem Islam sowie die Zukunft Russlands nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die künftige politische Agenda der NATO“, vorgelegt von Generalberichtserstatterin, Abgeordnete Raynell Andreychuk (Kanada)

Die Abgeordnete **Raynell Andreychuk** bewertete den Gipfel vom 2. bis 4. April 2008 in Bukarest als sehr erfolgreich. Vor allem seien Risse in dem Bündnis vermieden worden. Die Debatte habe sich auf vier Themen konzentriert: die Konsolidierung des euro-atlantischen Raumes, die Lage in Afghanistan, die Vertiefung von Partnerschaften und die neuen Bedrohungen. Zur Konsolidierung des euro-atlantischen Raumes habe die NATO-Führung an alle Interessenten ein klares Angebot gerichtet, der Organisation beizutreten. So stehe gemäß Artikel 10 des Vertrags von Washington allen europäischen Demokratien die Tür offen. Über die Lage in Afghanistan herrsche Einigkeit unter den Mitgliedern; die vermuteten Meinungsunterschiede über die Lage in Südafghanistan, wo sich die Zukunft des Landes abspiele, hätten sich während des Gipfels nicht gezeigt. Auch die französische Regierung habe versprochen, mehr Truppen zu entsenden. Die International Security Assistance Force (ISAF) solle vor Ort korrekt wahrgenommen und akzeptiert werden. Dafür müsse sie sich ihrer Verpflichtung dem Land gegenüber stellen sowie ihre Zusammenarbeit mit den Nachbarländern verstärken. Die Verbündeten hätten also weder Fortschritte außer Acht gelassen noch vereinzelte Mängel verschwiegen. Einigkeit habe darin bestanden, dass die verbleibenden Aufgaben weiteres Engagement erforderten. Der Gipfel in Bukarest sei der erste gewesen, an dem alle am Afghanistaneinsatz beteiligten Staaten vertreten gewesen seien. Teilgenommen habe auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) Ban Ki Moon.

Alle Teilnehmer stimmten überein, auf bessere Interoperabilität und vertieften Informationsaustausch hinzuwirken. Des Weiteren wurde die besondere Bedeutung der Beziehung zu Russland hervorgehoben. Schließlich nahmen die Teilnehmer eine Debatte über die neuen Bedrohungen auf, die Internetnetze, Verkehrsverbindungen oder auch Energieversorgung im Fadenkreuz haben. Aus dem in Bukarest skizzierten Umfeld wurde die künftige politische Agenda der NATO umrissen. Mittelfristig muss sich das Bündnis drei eng miteinander verbundenen Herausforderungen stellen, und zwar seine operative Leistung zu verbessern, seine Beziehungen zu Drittländern weiterzuentwickeln sowie neue Bereiche zu definieren, in

denen multilateral auf Bedrohungen zu reagieren sei. In der künftigen Agenda soll sich also widerspiegeln, dass eine politische Transformation der NATO die militärische ergänze.

Giorgi Baramidze, Vizepremierminister Georgiens, Minister für Europäische und Euroatlantische Integration, bezeichnete den Gipfel in Bukarest als historisch, obgleich weder sein Land noch die Ukraine in den Membership Action Plan (MAP) aufgenommen worden seien. Er betonte, dass die Parlamentswahlen in Georgien drei Tage zuvor trotz der Aggressivität der Russischen Föderation, die mit der Stationierung von Truppen in Abchasien das Land zu destabilisieren versuche, korrekt abgelaufen seien. Sowohl die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als auch der Europarat hätten erhebliche Verbesserungen beobachtet und anerkannt, dass freie und faire Wahlen stattgefunden hätten. Nur könne die Tatsache, dass die Regierungspartei eine große Mehrheit errungen habe, die Opposition natürlich nicht zufriedenstellen. Zu den Schikanen und Provokationen der Russischen Föderation solle sich die Staatengemeinschaft deutlicher äußern. Georgien habe in Abchasien Friedensangebote formuliert, für die es auf Unterstützung in der EU, zunächst aber bei der NATO hoffe. Wenn man die Demokratie fördern wolle, eigne sich Georgien besonders für eine Aufnahme in den MAP. Der Abgeordnete **Besim Dogani** (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) beglückwünschte die kroatische und die albanische Delegation, deren Länder anlässlich des Gipfels in Bukarest in den MAP aufgenommen worden seien. Er betonte, sein Land habe bereits Truppen in den Libanon entsandt und bemühe sich, den Maßstäben der NATO zu entsprechen. Der Abgeordnete **Besim Dogani** brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 2008 der Streit um den Namen seines Landes beigelegt werden könne, sodass es am 9. Juli 2008 das Beitrittsprotokoll zusammen mit Kroatien und Albanien unterzeichne. Seit 17 Jahren sei seinem Land aufgrund der Ablehnung Griechenlands verwehrt, unter seinem verfassungsrechtlichen Namen anerkannt zu werden. Es sei aber unausweichlich, dass andere Balkanstaaten wie Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien zukünftig auch Mitglieder der NATO würden. Deshalb wandte er sich an die Mitglieder der griechischen Delegation und bat sie, in der Debatte über den Namen seines Landes eine Lösung zu finden.

Der Abgeordnete **Oleg Zarubinskyi** (Ukraine) bedauerte, die Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine hätten mit der Nichtaufnahme seines Landes in den MAP eine negative Entwicklung erfahren. Das Anliegen der Ukraine sei leider von der amerikanischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht genug unterstützt worden. Um der Mitgliedschaft näher zu kommen, gelte es nun in der Ukraine, zum einen die Bevölkerung für das Projekt zu sensibilisieren, zum anderen eine Verbesserung der Funktionsweise der Judikative herbeizuführen sowie eine wettbewerbsorientierte Wirtschaft zu schaffen. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) vertrat eher die Ansicht, die Wirtschaftspo-

litik stehe nicht im Mittelpunkt der Debatte innerhalb der NATO und sei für das Gedeihen des Bündnisses nicht wesentlich. Den Beziehungen zwischen der EU und der NATO messe er eine höhere Bedeutung bei. Dass sich im Kosovo kein Gespräch zwischen der Kosovo Force (KFOR) und der EU-Rechtsstaatsmission (EULEX) entwickle, müsse beispielsweise große Besorgnis hervorrufen. Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Mitglieder unterstützte er insoweit die von der Bundesregierung befürwortete Politik der offenen Tür, soweit dadurch die Werte der NATO nicht untergraben würden. Der Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) wunderte sich, dass die Sicherheit der Energieversorgung ein Diskussionsthema sei. Diesen Bereich umfasse die in Artikel 5 des Vertrags von Washington verankerte Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand nicht, es sei denn, die NATO wolle als Weltpolizei auch Pipelines und die Energielieferung bewachen oder selbst den Preis des Öls festlegen. Sowohl diese Entwicklung als auch die Osterweiterung der NATO erweckten in der Russischen Föderation große Bedenken. Obwohl sich Russland an dem Einsatz in Afghanistan beteilige, verfüge es als assoziiertes Mitglied in der Organisation über kein Vetorecht. Auf vage Zusicherungen und Absichtserklärungen würde sie sich aber nicht verlassen. Die Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich) sprach den neuen Kurs der französischen Verteidigungspolitik an. Vor kurzem habe Frankreich neue Truppen nach Afghanistan entsandt und angekündigt, seine Beziehung zur NATO umgestalten zu wollen. Gleichzeitig habe Frankreich auf die Agenda seiner europäischen Ratspräsidentschaft im zweiten Semester 2008 eine Vertiefung der Sicherheitspolitik gesetzt. Die Rednerin hielt die EU und die NATO in diesem Bereich für komplementär und wünschte sich eine Verstärkung der Beziehungen zwischen beiden Organisationen. Der Abgeordnete **Dr. Werner Hoyer** (Deutschland) bemängelte die Ergebnisse des Gipfels von Bukarest als unzureichend. Auf die bevorstehende Präsidentschaftswahl in den USA führte er die Tatsache zurück, dass viele Entscheidungen verschoben worden seien. In Anspielung auf die Debatte um die Raketenabwehr hob er hervor, es bestehe ein klarer Dualismus zwischen der Vertrauensbildung zur Abrüstung und der Solidarität innerhalb des Bündnisses. Bei der Aufnahme weiterer Mitglieder hielt er es außerdem für wichtig, dass sich die NATO zu den eigenen Werten bekenne und vorzugsweise aufgeklärte Demokratien dafür vorsehe. Der Abgeordnete **François Roelants du Vivier** (Belgien) kritisierte zweierlei an dem Generalberichtsentwurf. Erstens sei die EU auf der gleichen Ebene wie die NATO als internationale Organisation eingestuft, obwohl sie vom Wesen her eher eine politische Gemeinschaft als eine derartige Organisation sei. Zweitens sei die für Mazedonien angewandte Formulierung abwertend und führe im Ergebnis zu einer Verlangsamung der Konsolidierung dieses Staates. Da sie den Tatsachen auch nicht entspreche, solle sie entfallen. Der Abgeordnete **Savvas Tsitouridis** (Griechenland) bedauerte, dass anlässlich des Gipfels in Bukarest die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien nicht in den MAP aufgenommen worden sei und äußerte seine Besorgnis, dies könne eine negative Auswirkung auf die Entwicklung der ehemaligen Republik haben. Allerdings

dürfe die Debatte um die NATO-Mitgliedschaft nicht dazu genutzt werden, innenpolitische Probleme zu lösen. Es komme allerdings dem Bündnis zu, die Benennung seiner Mitglieder festzulegen. Unter dem Vorbehalt, dass das Land richtig bezeichnet werde, unterstütze schließlich Griechenland eine mazedonische Mitgliedschaft in der NATO. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) erörterte die steigenden Spannungen zwischen NATO und Russischer Föderation. Insbesondere bedauerte er, dass Energie als Hilfsmittel der Außenpolitik eingesetzt werde. Er hielt die Osterweiterung des Bündnisses für wichtig und war der Auffassung, dass beitrittwillige Länder wie Georgien oder die Ukraine ohne Berücksichtigung von Bedenken Dritter in die Organisation aufgenommen werden sollten. Der Abgeordnete **Sardar Muhammad Latif Khosa** (Pakistan) ging auf die Ströme von Flüchtlingen aus Afghanistan ein, die Pakistan in seiner Stabilität zu beeinträchtigen drohten. Die NATO solle ihre Zusammenarbeit mit seinem Land weiterentwickeln, um die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan zu sichern und den Fortbestand von Stammesgebieten nicht zu ermöglichen. In Afghanistan werde keine politische Lösung nachhaltig sein, wenn man das afghanische Volk nicht mit einbeziehe. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) führte aus, die Russische Föderation habe keinen Grund, den Beitritt Georgiens zur NATO zu befürchten. Da die Russische Föderation mit der NATO gemeinsame Ziele verfolge, gebe es auch gemeinsame Sicherheitsinteressen. Ein Vetorecht der Russischen Föderation in der NATO dürfe es übrigens nicht geben. Er unterstrich, dass die Teilnehmer des Gipfels in Bukarest ihre Entscheidungen transparent getroffen hätten. Der Abgeordnete **Ivan Zayets** (Ukraine) betonte, die Politik der offenen Tür habe in Bukarest einen Rückschlag erfahren. Vor allem auf russischen Einfluss führte er die mangelnde Unterstützung für den Beitritt seines Landes zur NATO zurück und bezeichnete die Ablehnung der Verbündeten als inkonsequent. Nichtsdestotrotz brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Ukraine früher oder später eine Einladung bekomme, sich dem MAP anzuschließen.

III. Vortrag des Vizepräsidenten der NATO PV, Abgeordneter Jan Petersen (Norwegen), zum Beitrag der Parlamentarierversammlung zum Strategiekonzept der NATO

Dem Vortrag Jan Petersens schickte der Vorsitzende Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland) vier Bemerkungen voraus. Nachdem er auf die tiefgreifenden Veränderungen hingewiesen hätte, die die Welt seit 1999 erfahren habe, als das Strategiekonzept der NATO entwickelt beziehungsweise zum letzten Mal erarbeitet worden sei, bedauerte er, dass die Türkei die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO zuweilen behindere, begrüßte aber den Willen Frankreichs, dieser anlässlich seiner EU-Ratspräsidentschaft neuen Schwung zu geben. Er rief die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, über ihre Meinungsverschiedenheiten hinaus in der NATO mit einer einzigen Stimme zu sprechen. Zudem führte er am Beispiel Afghanistans aus, wie sich zivile und militärische Kapazitäten ergänzen sollen: Um Rechtsstaatlichkeit in

diesem Land zu entwickeln, solle die NATO einvernehmlich mit den Vereinten Nationen vor Ort möglichst schnell zivile Kapazitäten schaffen. Ferner stellte der Abgeordnete Markus Meckel fest, dass trotz der Nichtverbreitungsverträge eine globale Abrüstung nicht stattgefunden habe, was eine große Herausforderung für die Staatengemeinschaft darstelle. In diesem Zusammenhang sollten die Werte des Bündnisses strikt eingehalten werden sowie das Bekenntnis zu ihnen als zentrales Kriterium für die Aufnahme in den MAP gelten. Der Abgeordnete **Jan Petersen** (Norwegen) unterstrich, dass die NATO in dem neuen Umfeld ein neues Strategiekonzept dringend brauche, das den Erwartungen der Mitgliedstaaten entsprechen müsse. Der Ständige Ausschuss lege viel Wert darauf, dass sich alle Ausschüsse an der Arbeit zu einem neuen Konzept beteiligten. Er verknüpfte seinen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen mit der Hoffnung, dieses werde zu einem Meilenstein in der Geschichte der NATO PV. Die Abgeordnete **Vaira Paegle** (Lettland) rief zu mehr Bekenntnis zu den Werten des Bündnisses auf. In einer Rückkehr der Mitgliedstaaten zu ihren Eigeninteressen liege die größte Gefahr für die Fortentwicklung der Organisation. Die Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen) betonte die Bedeutung der Beziehung zwischen der NATO und den Vereinten Nationen. Bereits jetzt seien 80 000 Mann in 18 Missionen unter dem Dach der Vereinten Nationen im Einsatz. Das Strategiekonzept solle Handreichungen bieten, um die notwendige Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen aufrechtzuerhalten. Zudem solle die Resolution 1325 (2000) der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit berücksichtigt werden. Frauen sollten auch an Lösungsstrategien aktiv beteiligt werden. Die Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen) mahnte, dass die Organisation sehr konkreten Bedrohungen ausgesetzt sei, da laut Artikel 5 des Washingtoner Vertrags die Bedrohung eines einzelnen Landes auch eine Bedrohung aller anderen NATO-Partner darstelle. Seit längerem benutze die Russische Föderation die Energiesicherheit als ein Instrument der Außenpolitik. Darin bestehe eine Bedrohung der NATO, denn die Russische Föderation habe wiederholt versucht, in jenen Ländern Einfluss zu nehmen, die auf Grund ihrer völligen Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland anfällig gegenüber Einschüchterungsversuchen seien. Botschafter Dmitri Rogosin, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei der NATO, erinnerte daran, dass den Russen nach dem Fall der Mauer versichert worden sei, die NATO werde sich nicht nach Osten erweitern. Die jüngsten Entwicklungen haben dies nicht bestätigt, da wiederholt Osterweiterungen stattgefunden hätten. Warum entwickle sich die NATO nicht eher Richtung Süden angesichts der Tatsache, dass die meisten Bedrohungen vor allem aus dieser Gegend kämen? Er brandmarkte die Politik der offenen Tür als eine Täuschung, weil sich keine Organisation unaufhaltsam ausbreiten könne. Des Weiteren bemängelte er, dass es weder in Albanien noch in Kroatien eine Volksabstimmung zum NATO-Beitritt gegeben habe. Schließlich kritisierte er den Bau des Raketenabwehrsystems in Polen. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) bekräftigte, dass die NATO nicht nur eine militärische sondern auch eine poli-

tische Organisation sein solle, in welcher der Wille zur Kooperation stärker gefördert werden solle. Des Weiteren forderte er die Weiterentwicklung operationeller Einheiten. Außerdem hinterfragte er, ob der Erhalt des Wohlstandes zu den Kerninteressen der NATO gehöre. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) betonte, dass die Entsendung von NATO-Missionen auch der Bevölkerung vor Ort nutzen solle. Sie bedauerte, dass sich die NATO nicht genug um die Situation der Frauen kümmere. Während die NATO immer wieder als Bündnis der Zivilisationen dargestellt werde, weise sie dennoch Verbesserungsbedarf auf, beispielsweise hinsichtlich der Haftbedingungen in Guantanamo oder der bescheidenen Ergebnisse bei der Abrüstung. Der Abgeordnete **Michael Hancock** (Vereinigtes Königreich) bedauerte, dass die NATO in der Öffentlichkeit verzerrt wahrgenommen werde. Er bemerkte, dass Russland nur eines von zahlreichen Ländern sei, welches Energielieferungen als politisches Druckmittel nutze. Mehr Aufmerksamkeit beanspruche der Mohnanbau in Afghanistan, welcher zur Finanzierung des Terrorismus verwendet werde. Er forderte die Organisation dazu auf, den Anbau stärker zu bekämpfen. Die Abgeordnete **Karien van Gennip** (Niederlande) äußerte den Wunsch, das neue Strategiekonzept möge die NATO intern funktionsfähiger machen und die Beziehungen zwischen ihr und den Vereinten Nationen vertiefen. Dadurch könnten die Einsätze auch besser legitimiert werden. Außerdem solle sich die NATO vermehrt beim Wiederaufbau der Länder einsetzen, in die Missionen entsandt worden seien. Der Abgeordnete **Robert Walter** (Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union) bemerkte, die Verteidigungsausgaben in Europa seien ungleich zwischen den Mitgliedstaaten verteilt, da nur Länder wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich mehr als 1 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes diesem Ressort widmen. Die Höhe der Verteidigungsausgaben solle in dem Strategiekonzept berücksichtigt sowie die Rolle des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Mächte in Europa (SHAPE) aufgewertet werden. Der Abgeordnete **Ilhan Kesici** (Türkei) würdigte die Ergebnisse des Gipfels in Bukarest als wegweisend für zukünftige Erweiterungen. Sein Land unterstütze weiter die Bewerbung von Georgien und der Ukraine in den MAP. Weiterhin merkte er an, Serbien dürfe nicht isoliert werden.

IV. Vortrag von Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten), Vorsitzender der Asia Foundation, über die Tätigkeiten seiner Organisation

Der Vortragende gab einen kurzen Überblick über das Tätigkeitsfeld seiner Organisation. Seit 2004 genieße die Asia Foundation, deren Sitz sich in San Francisco befinde, den Status einer gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation (NRO). Mit ihren 70, überall in Asien verteilten, Büros zeichne sie sich als echte internationale Organisation vor allem dadurch aus, dass ihre Belegschaft sowohl aus Amerikanern und Europäern als auch zu 80 Prozent aus Asiaten bestehe. Die Stiftung setze sich zum Hauptziel, die Rechtsstaatlichkeit in Asien zu för-

dem sowie die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Kennzeichnend für die Stiftung sei ihre gezielte Bildungsarbeit bezüglich der Wahrnehmung von Massenmedien in der Bevölkerung. Damit trage sie dazu bei, dass die Wählerschaft ihre Entscheidungen aufgeklärter treffen könne. Bei der Durchführung dieser Programme stelle sich immer wieder heraus, welche zentrale Rolle die religiösen Führer als Befürworter solcher Initiativen zur Verbreitung der demokratischen Kultur in der Bevölkerung spielten. Schließlich suchten die Anhänger des Islams bei ihren Führern nicht nur religiöse Ratschläge sondern auch materiellen Beistand. Anlässlich ihres langjährigen Engagements in Afghanistan habe die Stiftung viel Erfahrung gesammelt und wiederholt festgestellt, dass eine enge Zusammenarbeit der Nachbarländer für die Stabilität eines Landes unabdingbar sei. Im Übrigen habe der amerikanische Kongress die nachhaltigen Bemühungen der Stiftung gewürdigt, die durch die Förderung des Güterverkehrs zwischen Pakistan und Afghanistan auf die Beilegung der Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern ziele. Vor dem Hintergrund einer Tagung in Berlin möge bei den Teilnehmern die Erinnerung geweckt werden, dass auch in einem ehemals gespaltenen Land eine dauerhafte Aussöhnung möglich sei. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) hob hervor, dass bei dem Wiederaufbau Afghanistans die Zivilgesellschaft vermehrt mit einbezogen werden solle. Ferner solle die NATO sich nicht nur dort verstärkt engagieren, sondern auch eine wirkliche Partnerschaft mit den Nachbarländern entwickeln. Der Abgeordnete **Derek Conway** (Vereinigtes Königreich) wies auf den Bildungsstand der Selbstmordattentäter hin, die in der Gesellschaft keineswegs benachteiligt seien, sondern des Öfteren hohe Chancen auf eine freie Entfaltung hätten. Der Abgeordnete **Winfried Nachtwei** (Deutschland) wies in Bezug auf den Islam ein verallgemeinerndes Freund-Feind-Denken zurück. Diese Religion habe auch hinsichtlich der Förderung der Demokratie große Verdienste erworben und in diesem Bereich Maßstäbe gesetzt. Denn eine echte Demokratisierung sei nur von unten nach oben möglich. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) warnte vor dem Einfluss des Wahabismus als fundamentalistische Richtung des Islams auf die gemäßigten Muslime in Asien. Habe das Bild des Westens nicht aufgrund der Vorkommnisse in Abu Ghraib schweren Schaden erlitten? Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) betonte, der Islam sei nicht immer der auslösende Faktor, oft sei es auch der Grenzverlauf. Infolge der britischen Kolonialpolitik sei die Bevölkerung sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan gespalten worden. Aufgrund ähnlicher Ursachen entwickle sich die heutige völkerrechtliche Problematik im Kosovo und in Serbien. Abschließend ging **Douglas Bereuter** auf die Bemerkungen der Redner ein. Er stimmte zu, die Geschehnisse in den afghanischen Gefängnissen seien für das Bild des Westens in der muslimischen Bevölkerung verheerend. Im Hinblick auf eine nachhaltige Lösung in Afghanistan wies er auf die Bedeutung der Grenze dieses Landes mit dem Iran hin. Schließlich dürfe sich keiner der Beteiligten in der Region die Hände in Unschuld waschen und mit dem Status quo abfinden.

V. Vortrag von John Russell, Professor für russische Sicherheitsstudien an der Universität Bradford, über die Präsidentschaft von Dmitri Medwedew und ihre Folgen für die Zukunft der Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation

Professor John Russell lobte die sog. Glasnost-Politik, räumte jedoch ein, sie sei für Russland Ursache von Schwierigkeiten und Instabilität gewesen. Die aus ihr entstandenen Unsicherheiten habe der ehemalige Präsident Wladimir Putin überwinden wollen, wobei er dazu geneigt habe, zu einem autoritären Regierungsstil zurückzukehren. Was sei nach Wladimir Putins Ausscheiden als Präsident der Russischen Föderation von seinem Nachfolger zu erwarten? Das Land stehe vor der Alternative, sich entweder zu einer Demokratie europäischer Prägung zu entwickeln oder sich wieder als Weltmacht zu profilieren, was der Großteil der Bevölkerung unterstütze. Deshalb würden die Bemühungen der NATO, die Russische Föderation auf den Weg der Demokratie zu bringen, als Einmischung empfunden. Um das Verständnis zwischen Russland und der Allianz zu fördern, dürfe diese Beziehung nicht unnötigen Belastungen ausgesetzt werden. Sonst drohe die Kooperation zwischen beiden in eine Sackgasse zu geraten. In Osteuropa könne die Russische Föderation das alte Misstrauen abbauen, indem sie eine Entwicklung Demokratie in Aussicht stelle. Im Übrigen seien viele Missverständnisse auf eine unterschiedliche Auffassung dieses Begriffes und unterschiedliche Wahrnehmung zurückzuführen. Die von Präsident Wladimir Putin verfolgte Politik habe zu einem Wiedererwachen der Nationalisten in Russland geführt. Die Russische Föderation sei sowohl der OSZE als auch dem Europarat beigetreten und habe sich somit auch zur Einhaltung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. In diesem Zusammenhang dürfe die Entscheidung über den Beitritt Georgiens und der Ukraine in die NATO deshalb nicht als eine gegen Russland gerichtete Aktion erscheinen. Darum solle sich der Westen bemühen, zu den ihm eigenen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Offenheit zu stehen. Nichts sei als Argument für die Allianz stärker als der Nachweis einer humanen, gerechten und kompetenten Führung. Jeder andere Versuch, den Prozess der Demokratisierung in Russland zu beschleunigen sei überzogen. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) nahm die historische Umgebung von Berlin zum Anlass, an die notwendige Bearbeitung der Vergangenheit als Voraussetzung einer erfolgreichen Demokratisierung zu erinnern. Wissenschaft und Forschung habe den Auftrag, sich mit dieser Zeit intensiv zu befassen. Dafür solle den Wissenschaftlern Zugang zu den Archiven der ehemaligen Sowjetunion gewährt werden. In dieser Hinsicht bedauerte er die permanente Weigerung der russischen Behörden, die sich auch unter dem neu gewählten Präsidenten fortsetze. Dies könne mitnichten als gutes Zeichen interpretiert werden. Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) bezweifelte die Ausgewogenheit und die Relevanz des Vortrages über sein Land. Auf dem Gebiet der Russischen Föderation werde gegen Terroristen

rigoros vorgegangen. Er bedauerte, dass ständig mit zweierlei Maß gemessen werde. Während zahlreiche Mitglieder der NATO auf die Anerkennung des Kosovos als unabhängigen Staat drängten, müsse Abchasien angeblich für immer zu Georgien gehören. In diesem Land hätten die westlichen Mächte das Ergebnis der Wahlen anerkannt und gewürdigt, obwohl sie nicht frei von Fälschungen gewesen seien. In der Zukunft sollten sich die Mitglieder der NATO bemühen, keine einseitigen Stellungnahmen vorzunehmen. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) bemerkte, dass die Politik der Russischen Föderation gegenüber der muslimischen Welt – inklusive ihrer eigenen muslimischen Bevölkerung – genauso falsch wie die des Westens sei. Die Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen) warf dem Redner vor, autoritäre Tendenzen des russischen Regimes zu beschönigen. Sollten die Zuhörer aus seinem Vortrag schließen, dass die Russen naturgemäß nicht in einer Demokratie leben könnten? **Giorgi Baramidze**, Vizepremierminister Georgiens, Minister für Europäische und Euroatlantische Integration, stimmte dem Redner zu, dass die Russische Föderation um ihr Staatsgebiet herum Instabilität entstehen lasse. Darum solle die NATO nicht zögern und mit der Aufnahme Georgiens oder der Ukraine ein Zeichen setzen. Der Abgeordnete **Wladislaw Siodorowicz** (Polen) stellte der Partnerschaft der NATO mit Russland die Tatsache gegenüber, dass es den östlichen Ländern Europas wiederholt mit Kürzungen von Energielieferungen drohe. Er hoffe, dass sich die Kooperation in Zukunft verbessere. Der Abgeordnete **Victor Ozerov** (Russische Föderation) unterstrich die Eigenständigkeit des russischen Handelns. Auch westliche Demokratien agierten unilateral, indem sie ohne Mandat der Vereinten Nationen Streitkräfte ins Ausland entsandten. Oft verfügten die Politiker zudem nicht einmal über Unterstützung in der eigenen Bevölkerung – im Gegensatz zu Russland.

VI. **Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Iran – Gründe für ein politisches Engagement der NATO“, vorgelegt vom Berichtserstatter Abgeordneter Mike Ross (Vereinigte Staaten)**

Nach den einleitenden Bemerkungen des Berichterstatters erkundigte sich die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) nach der Möglichkeit eines direkten Dialoges zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran. Die Abgeordnete **Karien van Gennip** (Niederlande) bekräftigte, die gut ausgebildete Mittelschicht im Iran könne einen Dialog möglicherweise unterstützen. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) hielt es für gefährlich, militärische Optionen in Erwägung zu ziehen, bevor nicht andere Möglichkeiten geprüft worden seien. Nach Auffassung des Abgeordneten **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) habe der Einmarsch in den Irak die Dominanz der Region durch den Iran erst ermöglicht. Der Westen brauche nun die Russische Föderation, um die entstandenen Probleme zu lösen. Der Abgeordnete **Raffi Hovannissian** (Armenien) erkundigte sich, inwieweit die bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten die Po-

litik gegenüber dem Iran beeinflussen könnten. In seiner Erwiderung betonte der Berichtserstatter Abgeordneter **Mike Ross**, die Vereinigten Staaten betrachteten den Iran als potentielle Bedrohung für die gesamte Region. Er erinnerte daran, dass die Vereinigten Staaten bereits Abrüstungsverhandlungen mit dem Iran geführt hätten. Darüber hinaus sei man sowohl an einem Kontakt zur iranischen Zivilbevölkerung als auch an der Einbindung Russlands interessiert.

VII. **Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die sich entwickelnden Partnerschaften der NATO“, vorgelegt von der Berichtserstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviene (Litauen)**

Im Anschluss an die Präsentation der Berichtserstatterin betonte der Abgeordnete **Ivan Zayets** (Ukraine), eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO liege auch im Interesse Russlands. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) forderte, jede weitere Erweiterung der NATO müsse zur Stärkung des Bündnisses führen. Die Beitrittskriterien müssten von jedem potentiellen Kandidaten respektiert und erfüllt werden. Die NATO solle die Beitrittskandidaten in ihren Reformprozessen unterstützen, dürfe aber die Kriterien nicht aufweichen.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, dem 25. Mai 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I. **Überblick über die Tagesordnung und Themen**

Thematische Schwerpunkte der Beratungen waren neben der Zukunft der ISAF-Mission in Afghanistan das geplante neue Strategische Konzept und die Erweiterung der NATO, ihre Verteidigungskapazitäten, ihr Verhältnis zur EU sowie das beabsichtigte Raketenabwehrsystem.

II. **Unterrichtung der Mitglieder des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit durch Daniel P. Fata, Deputy Secretary Assistant of Defense for European and NATO Policy, US Department of Defense, über die Ergebnisse und Diskussionen des NATO-Gipfels in Bukarest vom 2. bis 4. April 2008**

Daniel P. Fata betonte, dass die transatlantische Sicherheit eng mit der Sicherheit in Afghanistan verknüpft sei. Vertreter von 60 Staaten und internationalen Organisationen hätten sich auf dem NATO-Gipfel in Bukarest auf einen ganzheitlichen politisch-militärischen Plan im Sinne einer Gesamtstrategie für Afghanistan geeinigt. Es seien zudem 64 Aufgaben benannt worden, die zu Fortschritten bei der Auftragsumsetzung beitragen sollten. Die NATO-Verteidigungsminister würden bei ihrem Treffen in drei Wochen darüber sprechen, wie diese Aufgaben konkret

umgesetzt werden könnten. Die Gespräche mit Polen und Tschechien wegen des geplanten Raketenabwehrsystems machten gute Fortschritte; man hoffe, bis Juli dieses Jahres eine Einigung erreichen zu können. Demgegenüber sei es bedauerlich, dass mit Russland hier nach wie vor Differenzen bestünden. Die NATO und Russland sollten weiterhin Möglichkeiten ausloten, ob eine Zusammenarbeit bei diesem Projekt möglich sei. Dass der Ukraine und Georgien auf dem Gipfel nicht der MAP-Status angeboten worden sei, habe für die USA eine Enttäuschung bedeutet, da aus ihrer Sicht beide Länder für den MAP qualifiziert gewesen wären. Man erwarte, dass es nach dem Treffen der NATO-Außenminister im Dezember 2008 wieder Bewegung in dieser Angelegenheit gebe. Es sei wichtig, dass keine unterschiedlichen Maßstäbe bezüglich des MAP-Status angelegt würden. Abschließend appelliere er an die Mitglieder der NATO-Parlamentarierversammlung, den Bürgern in ihren Ländern stets aufs Neue die bedeutsame Rolle der NATO für Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt zu vermitteln.

Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland) äußerte sich ebenfalls enttäuscht darüber, dass der Ukraine und Georgien der MAP-Status versagt worden sei. Die Vereinigten Staaten und andere Länder hätten nicht gewollt, dass Drittstaaten in dieser Sache gleichsam ein Veto hätten. Er sehe die Gefahr, dass die Ablehnung auf dem Gipfel von gewissen Staaten als Einladung interpretiert werde, die Ukraine und Georgien zu destabilisieren, um ein MAP-Angebot im Dezember 2008 zu verhindern. Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) war der Überzeugung, dass die NATO erst dann Erfolg in Afghanistan haben werde, wenn der Kampf gegen den Drogenanbau als Cash cow der Taliban gewonnen werde. Diesem Problem sollte daher höchste Priorität eingeräumt werden. Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) erklärte, dass der französische Beschluss zur Rückkehr in die militärischen Strukturen eher eine politisch-symbolische Geste sei und nicht überinterpretiert werden sollte. Die westliche Welt sei kein monolithischer Block; jedes Land müsse seine eigene politische und kulturelle Identität wahren. **Daniel P. Fata** führte zur Erweiterungsdebatte aus, dass klargestellt werden müsse, dass der MAP-Status nicht automatisch die Mitgliedschaft bedeute. Sollte im Dezember kein MAP-Status für die Ukraine und Georgien erreicht werden können, bedeute dies nicht nur eine weitere Enttäuschung für diese beiden Länder, sondern auch für die Vereinigten Staaten und weitere Staaten. Hinsichtlich der Verteidigungskapazitäten sei Bukarest ein guter Anfang gewesen. Tatsache sei jedoch, dass die Mitgliedstaaten der NATO im Durchschnitt nur 1,4 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) statt der angepeilten 2 Prozent für Verteidigung ausgaben. Die Drogenbekämpfung in Afghanistan habe für die Vereinigten Staaten höchste Priorität. Jährlich würde hierfür 1 Milliarde US-Dollar ausgegeben, wobei sich der Mittelabfluss mitunter schwierig gestalte. Nicht vergessen werden dürfe allerdings, dass die Drogenbekämpfung nicht Aufgabe der NATO sei. Afghanistan sei ein souveräner Staat, der von ISAF lediglich unterstützt werde. Bezüglich des Raketenabwehrsystems betone er nochmals, dass dieses rein defensiv und gegen Bedrohungen aus Nahost und Asien gerichtet sei.

III. Vortrag des Vizepräsidenten der NATO PV, Abgeordneter Jan Petersen (Norwegen), zum Beitrag der Parlamentarierversammlung zum Strategiekonzept der NATO

Der Abgeordnete **Jan Petersen** erläuterte, dass es um einen zweistufigen Prozess gehe. Zunächst solle im April eine „Atlantische Erklärung“ vorgelegt werden, die die Leitgedanken der Strategie enthalten solle. Beim Gipfel 2010 solle dann das Strategische Konzept auf der Grundlage der Atlantischen Erklärung verabschiedet werden. Da die NATO PV sich mit eigenen Anregungen an der Konzeptentwicklung beteiligen wolle, bitte der Ständige Ausschuss die einzelnen Ausschüsse um Vorschläge. Ziel sei, bis zum Treffen in Valencia im November 2008 einen Zwischenbericht zu erarbeiten, sich dort Feedback zu holen und bis Februar 2008 bei der Zusammenkunft in Brüssel einen zweiten Entwurf vorzulegen. Es gehe bei dem Konzept um die Frage, welche Ziele und Leitprinzipien die NATO haben solle, wie man mit den wichtigsten Problemen und Bedrohungen umzugehen gedenke und welche Fähigkeiten dementsprechend entwickelt werden sollten.

Von russischer Seite wurde erklärt, dass sich die vormals guten Beziehungen zwischen der NATO und Russland mittlerweile verschlechtert hätten. Das bisher Gehörte beweise, dass der Kurs der NATO, der zu dieser Verschlechterung geführt habe, fortgesetzt werde. Der Abgeordnete **Jesus Cuadrado** (Spanien) plädierte für die Beibehaltung der Kriterien und Bedingungen für einen NATO-Beitritt. Er halte jedoch die Festlegung einer geographischen Grenze für nicht zielführend. Der Abgeordnete **Mavroudis Voridis** (Griechenland) wies darauf hin, dass neben die klassische Aufgabe der Abwehr militärischer Bedrohungen mittlerweile auch die Abwehr von organisierter Kriminalität, Terrorismus etc. getreten sei. Angesichts dieser neuen Aufgaben sei es immer schwieriger, sich die Rolle der NATO klarzumachen. Er halte die NATO nicht für die richtige Institution zur Bekämpfung des Terrorismus. Hier seien andere Strukturen gefragt. Der Abgeordnete **Jan Petersen** (Norwegen) betonte, dass der Zeitplan sehr eng sei. Insgesamt stehe nur ein Jahr für den Beitrag der NATO-Parlamentarierversammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO zur Verfügung. Dementsprechend sei eine zu breite Beteiligung beim ersten Zwischenbericht nicht praktikabel.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Die Operationen der NATO: Die augenblicklichen Prioritäten und die gelernten Lektionen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Der Abgeordnete **Frank Cook** stellte seinen Generalberichtsentwurf vor. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan sei nach wie vor der wichtigste Einsatz der Allianz. Die letzten Monate hätten gezeigt, dass die Sicherheitslage nach wie vor prekär sei; ein Umstand, der durch die Drogenproblematik noch verschärft werde. Umso wichtiger sei

es, dafür Sorge zu tragen, dass die ISAF-Truppen über alle Fähigkeiten verfügten, die notwendig seien, um dem Auftrag effektiv nachkommen zu können. Bedauerlich sei, dass die Dislozierung der Operational Mentoring and Liaison Teams (OMLTs) nur langsam voranschreite, obwohl sie für die Gewährleistung eines effektiven Trainings afghanischer Einheiten von entscheidender Bedeutung seien.

Im Kosovo erfülle KFOR ihren Auftrag, ein sicheres Umfeld herzustellen, in vollem Umfang. Anstehende Probleme seien politischer Natur. Neben der Frage, in welchem Umfang alle Beteiligten von Gewalt und Provokationen Abstand nähmen, bestehe das größte Problem darin, dass sich der VN-Sicherheitsrat noch nicht über die Zukunft der VN-Mission im Kosovo habe einigen können. Die Operation Active Endeavour (OAE) im Mittelmeer zeichne sich unter anderem weiterhin durch eine ausgezeichnete Kooperation mit Nicht-NATO-Mitgliedstaaten, darunter Russland, aus. Weiterhin bestehen bleibe das Problem der *caveats*, welches die Effektivität von NATO-Operationen nach wie vor beeinträchtige. Des Weiteren führe der jetzige Finanzierungsmechanismus – *costs fall where they lie* – dazu, dass die Mitgliedstaaten keinen Anreiz hätten, sich zuerst für eine Operation zu melden. Hier müsse über ein gemeinsam zu finanzierendes Operationsbudget nachgedacht werden. Abgesehen davon bestünden weiterhin Fähigkeitslücken, z. B. im Bereich des strategischen Lufttransports, die geschlossen werden müssten. Abschließend wolle er auf die Bedeutung einer intensiven Zusammenarbeit der NATO mit der EU und den VN sowie die zunehmende Wichtigkeit hinweisen, *soft skills* im Bereich der humanitären und Wiederaufbauhilfe zu entwickeln.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) bemerkte zu Nummer 18 des Berichtsentwurfs, dass bezüglich Afghanistans in der Tat ein Konzept notwendig sei, welches auch Pakistan umfasse. Daher bitte er darum, im endgültigen Bericht auch Ausführungen zum Iran zu machen, da man auf dessen Kooperation ebenfalls angewiesen sei. Ferner wolle er in Nummer 24 deutlich gewordenen Missverständnis klarstellen, in der hinsichtlich der Europäischen Polizeimission (EUPOL-Mission) in Afghanistan von knapp „200 Trainern“ die Rede sei. Tatsächlich werde von EUPOL selbst jedoch kein Training durchgeführt. Deren Hauptaufgabe sei vielmehr die Erarbeitung von Konzepten. Bezüglich der Durchführung von Trainingsmaßnahmen sei man daher auf bilaterale Projekte angewiesen. Der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) vermisste noch deutlichere Aussagen des Berichterstatters zur Frage der Finanzierung von NATO-Operationen. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) führte bezüglich Nummer 54 des Berichtsentwurfs aus, dass die Bemühungen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auch im Schwarzen Meer in der Tat verstärkt werden müssten. Eine Ausbreitung von OAE in das Schwarze Meer lehne er jedoch ab. Im Bosphorus herrsche bereits ein reger Tankerverkehr; insofern stellten Kriegsschiffe nur eine zusätzliche Belastung dar. Die Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass die amerikanischen Marines im November 2008

wieder aus Afghanistan abzögen. Ohnehin fehlten in dem Land mindestens 7 000 Soldaten. Im endgültigen Bericht sollte daher auch darauf abgestellt werden, welche Länder welche Beiträge leisten können. Zudem sollte eine gemeinsame Finanzierung von NATO-Operationen ernsthaft geprüft werden. Der Abgeordnete **Muhammad Azam Swati** (Pakistan) vertrat die Auffassung, dass die Opiumproblematik in Afghanistan immer noch nicht zufriedenstellend gelöst sei. Abgesehen davon herrsche zwischen der NATO und dem pakistanischen Volk kein Vertrauen. Pakistan habe 80 000 Soldaten an der Westgrenze stationiert; weit über 700 seien bereits in Kämpfen gefallen. Dennoch komme es durch den Westen zu Raketenangriffen, die die Souveränität Pakistans verletzen. Im endgültigen Bericht sei daher deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass die Souveränität und Integrität Pakistans gewährleistet werden müssten. Der Berichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) erwiderte, dass die NATO hinsichtlich der Drogenproblematik nur einer von mehreren Akteuren sei. Die Allianz sei nicht an erster Stelle für mangelnde Fortschritte in diesem Bereich verantwortlich zu machen, zumal sie hier keine originäre Zuständigkeit habe. Außerordentlich schätze er, dass insgesamt 17 Nicht-NATO-Staaten einen Beitrag in Afghanistan leisteten. Erforderlich seien jedoch mehr Beiträge von kleineren NATO-Staaten, die bislang fast nichts zur ISAF-Mission beitrügen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Beiträge von Nichtmitgliedstaaten der NATO zu NATO-Operationen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Sverre Myrli (Norwegen)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** wies darauf hin, dass die Beiträge von Nicht-NATO-Mitgliedstaaten von zunehmender Bedeutung und Wichtigkeit für den Erfolg laufender NATO-Operationen seien. Dabei gehe es nicht nur um die Bereitstellung von Kampfverbänden, sondern auch um Beiträge in Form von Hilfe bei der Nachschubversorgung oder Gewährung von Überflugrechten. Ein entscheidender Grund für die Zusammenarbeit sei, dass gemeinsame Ziele wie die Stabilisierung des Balkans oder Afghanistans geteilt würden. Zu den wichtigsten Partnern der NATO gehörten neben Australien sowohl Schweden als auch Finnland. Gerade von den beiden letztgenannten Ländern sei in der Vergangenheit jedoch immer wieder der Wunsch nach einer früheren Konsultation bei der Planung von Operationen geäußert worden. Zudem gebe es sowohl in Schweden als auch in Finnland derzeit eine Debatte, ob es einen Beitritt zur NATO geben sollte.

Der Abgeordnete **Urban Ahlin** (Schweden) betonte, dass in Schweden das Parlament über die Einsätze der Armee entscheide. Die Entscheidung würde jedoch gefällt werden müssen, ohne dass man in Schweden den gleichen Informationsstand habe wie die NATO-Mitgliedstaaten. Wenn schwedische Soldaten in Einsätzen ums Leben kämen, heiße es in der heimischen Presse sofort, dass dies bei bes-

serem Kenntnisstand nicht geschehen wäre. Wenn das Informationsdefizit somit nicht beseitigt werde, werde es in Zukunft sehr schwer, im Parlament Mehrheiten für Auslandseinsätze zu erhalten. Im Übrigen müsse er verneinen, dass es im schwedischen Parlament eine Diskussion über die Frage eines NATO-Beitritts gebe. Derzeit gebe es nur Überlegungen, gegebenenfalls der NATO Response Force (NRF) beizutreten. Der Abgeordnete **Leonard Demi** (Albanien) bemerkte, dass Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien von Anfang an in Afghanistan mitgewirkt hätten. Albanien werde seine Truppenstärke in Afghanistan sogar noch erhöhen. Der Abgeordnete **Johannes Koskinen** (Finnland) schloss sich den Ausführungen des Abgeordneten Urban Ahlin an. Es sei gut, dass die NATO erkannt habe, welchen Wert die Beteiligung der Nichtmitgliedstaaten habe. Auch für Finnland sei aber eine verbesserte Informationspolitik der NATO entscheidend. Im Übrigen werde sein Land sich an der NRF beteiligen und unterstütze die Verbesserung der Beziehungen zwischen NATO und Vereinten Nationen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Derzeitige und künftige Fähigkeitsprioritäten für das atlantische Bündnis“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Ragnheidur E. Árnadóttir (Island)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** erläuterte, dass die Fähigkeiten der NATO der großen Bandbreite der Operationen angepasst werden müssten. Die Operationen auf dem Balkan und in Afghanistan hätten gezeigt, dass die Allianz insgesamt an einem anhaltenden Defizit beim strategischen Lufttransport, bei der Kommunikation und bei Hubschraubern leide. Die vielleicht größte Herausforderung sei jedoch die Fähigkeitslücke, die sich zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den anderen NATO-Partnern andererseits entwickelt habe. So gäben viele NATO-Staaten nicht die angepeilten 2 Prozent des BIP für Verteidigungszwecke aus. Hinzu komme eine Fehlverteilung der vorhandenen Mittel. Während in den Vereinigten Staaten nur ein Drittel der Militärausgaben auf Personalkosten zurückzuführen sei, betrage die Quote bei den europäischen Verbündeten durchschnittlich 54 Prozent. Insgesamt führe diese Entwicklung dazu, dass das Zusammenwirken beider Seiten zunehmend schwieriger werde. Abschließend wolle sie die Bedeutung einer effektiven Zusammenarbeit zwischen der NATO und vor allem der EU betonen. Allerdings müssten dabei Doppelungen und Reibungsverluste durch Konkurrenzkämpfe oder mangelnde Koordinierung vermieden werden.

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) bezeichnete es als blamabel, dass der US-Verteidigungsminister Robert Gates gezwungen gewesen sei, eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte der Partner um 0,2 Prozent zu fordern. Ebenso sei es beschämend, dass die Verbündeten über 4 000 Hubschrauber verfügten, in Afghanistan aber zu wenige davon zur Verfügung stün-

den. Als amerikanischer Abgeordneter könne er dies gegenüber seinen Wählern nicht rechtfertigen. Er wolle klarstellen, dass die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte in jedem Falle modernisieren und nicht auf ihre Verbündeten warten würden. Der Senator **Joseph A. Day** (Kanada) legte Wert darauf, dass die Entwicklung von Nischenfähigkeiten weiter vorangetrieben wird. Im Übrigen müsse auf jeden Fall das Prinzip der gerechten Lastenverteilung in die strategische Vision Eingang finden. Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland) erklärte, dass auch in Estland die Kosten für militärisches Personal zu hoch seien und erbittet Vorschläge, wie dieses Problem gelöst werden könne, ohne Verbandsstrukturen grundlegend zu ändern. Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) führte aus, dass eine Erhöhung der Wehretats um 0,2 Prozent wahrscheinlich zu wenig sei, aber womöglich die Dinge zumindest in Bewegung bringe. Die Gefahr von Doppelstrukturen sehe sie dabei derzeit nicht. Zur Senkung von Personalkosten werde sie im nächsten Bericht Empfehlungen vorschlagen.

VII. Vortrag von Generalleutnant Shir Mohammad Karimi, Chief of Operations, und Air Marshal Christopher H. Moran, Stellvertretender Befehlshaber des Allied Joint Force Command Brunssum zur „Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan“

Generalleutnant **Shir Mohammad Karimi** begründete zunächst, warum eine Vergrößerung der Afghanischen Nationalarmee (ANA) von 70 000 auf 80 000 Soldaten notwendig sei. Afghanistan sei ein zerklüftetes Land, dessen Landfläche der von Spanien, Frankreich und Deutschland zusammengenommen entspreche. Vor diesem Hintergrund sei auch unter Berücksichtigung der Unterstützung durch die Koalitionstruppen die derzeitige Anzahl der afghanischen Soldaten nicht ausreichend, um die territoriale Integrität Afghanistans zu schützen und die Aufständischen wirksam zu bekämpfen. Erst eine größere Armee, die zudem mit ihrer multiethnischen Zusammensetzung ein Symbol der nationalen Einheit sei, werde die notwendige Kampfkraft mit sich bringen, um Afghanistan zu einem gleichwertigen Partner im Kampf gegen den Terror zu machen. Seit ihrer Gründung vor sechs Jahren habe sich die ANA zu einer Streitmacht mit moderner Taktik und Logistik entwickelt, die Aufstände und terroristische Bedrohungen zunehmend auch allein bekämpfen könne. Die Bedrohung seitens Warlords und extremistischer Organisationen sei nicht mehr so stark wie noch vor einem Jahr. Betonen wolle er, dass auch eine größere afghanische Armee strikt defensiv orientiert sei und für keinen der Nachbarn seines Landes eine Bedrohung darstelle. Um mögliche Bedenken über die Verwendung von Geldern zu zerstreuen, habe man im Verteidigungsministerium ein effektives Budgetsystem installiert, welches eine klare fiskalische Rechenschaftspflicht gegenüber den eigenen Haushältern vorsehe.

Air Marshal **Christopher H. Moran** wies darauf hin, dass sich die NATO in Afghanistan momentan in der Phase der Stabilisierung befinde. Das Konzept sehe weitere Fort-

schritte in den drei Bereichen Regierung, Entwicklung und Sicherheit vor, bis mit der Existenz einer autarken und demokratischen afghanischen Regierung, die aus eigener Kraft ihre Autorität ausüben könne, das Ziel erreicht sei. Problemfelder seien nach wie vor Drogenbekämpfung, Korruption, innerafghanische Versöhnung, Nahrungsversorgung und die Arbeitslosigkeit. Gerade letztere liege bei jungen Männern bei 50 Prozent, was sie anfällig für die Angebote der Taliban mache. Bedauerlich sei auch, dass die afghanische Polizei (Afghan National Police – ANP) hinter den Erfolgen der ANA zurückbleibe. Die Bemühungen der NATO seien Gegenstand periodischer Prüfungen. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Koordination zwischen den nationalen und internationalen Akteuren verbessert werden müsse, was eine der Hauptaufgaben des Botschafters Kai Eide, Sonderbeauftragter in Afghanistan und Leiter der UN-Unterstützungsmission in Afghanistan (UNAMA), werden müsse. Probleme bereite auch die mangelnde Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz, auf den ein Großteil der gefallenen Soldaten zurückzuführen sei. Auf jeden Fall müsse die Anzahl der Streitkräfte im Land zumindest aufrechterhalten werden.

Der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) erklärte, dass seines Erachtens kein militärischer Sieg in Afghanistan absehbar sei. Insofern frage er sich, ob er eben nicht zu viel Propaganda und zu wenig Realismus gehört habe. Die Aufstockung und Entwicklung der ANA halte er zwar für richtig, doch entscheidend sei letztlich ein Prozess der Versöhnung und des Ausgleichs. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) bestätigte, dass die ANA sich sehr engagiere. Problematisch sei jedoch, dass die Armee im Süden und Südwesten des Landes nicht sichtbar genug sei. So finde die Ausbildung militärischer Führer ausschließlich in Kabul statt. Die Forderung nach einer zweiten Akademie im Süden sei bislang an fehlenden Mitteln gescheitert. Unverständlich sei ferner, dass der Unterricht immer noch ausschließlich auf Paschtu und nicht auch auf Farsi erfolge. Der Abgeordnete **Mohammedmian Soomro** (Pakistan) betonte, dass Pakistan keinerlei Probleme mit einer vergrößerten afghanischen Armee habe. Diese Entwicklung werde vielmehr als Beitrag zu mehr Stabilität begrüßt. Für die Zukunft sei es wichtig, dass beide Länder ihre Konflikte nicht mit Gewalt lösten. Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, welche Rolle die ANA bei der Bekämpfung des Drogenanbaus spiele. Der Abgeordnete **Winfried Nachtwei** (Deutschland) fragte, ob es richtig sei, die Sicherheitslage im Wesentlichen nach der Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle zu erfassen. Denkbare neue Kriterien seien die Frage nach der Zugänglichkeit der Distrikte für Hilfsorganisationen und die UNAMA. Der Abgeordnete **Ainar Latkovskis** (Lettland) bezweifelte, dass es tatsächlich ein afghanisches Zusammengehörigkeitsgefühl gebe. Die Paschtunen beispielsweise würden sich in erster Linie als Paschtunen mit eigenem Ehrenkodex, dann als Moslems und erst zuletzt als Bürger Afghanistans verstehen.

Generalleutnant **Shir Mohammad Karimi** erklärte, dass ein militärischer Sieg außer Frage stehe, da der Westen Afghanistan anders als in den 1990er Jahren diesmal

nicht im Stich lasse. Der militärische Sieg allein sei jedoch bedeutungslos, wenn nicht gleichzeitig eine politische und wirtschaftliche Entwicklung einsetze. In diesem Zusammenhang sei gute Regierungsführung unabdingbar. Hinsichtlich der erwähnten Sprachprobleme habe man in der Tat einen Fehler gemacht. Zukünftig würden der Unterricht an der Führungsakademie auch in Farsi abgehalten und die dazugehörigen Materialien übersetzt. Es sei nie das Ziel der ANA gewesen, mit den pakistanischen Streitkräften gleichzuziehen. Afghanistan und Pakistan hätten eine lange gemeinsame Tradition und müssten zusammenarbeiten. Allerdings seien noch einige politische Streitpunkte zu klären. Drogenbekämpfung liege nicht in der Zuständigkeit der ANA. Da die ANP hier nicht besonders erfolgreich sei, werde sie aber künftig von der ANA unterstützt. Zu diesem Zweck sei vor drei Monaten ein entsprechendes Bataillon in Dienst gestellt worden. Es warte jedoch noch auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft bezüglich der Ausrüstung, vor allem mit Transportmitteln. Zur Vermeidung von zivilen Opfern gebe es Anweisungen, wie bei militärischen Einsätzen innerhalb von Ortschaften zu kämpfen sei. Allerdings benutzten die Taliban die Zivilbevölkerung häufig als Schutzschild. Abschließend wolle er betonen, dass der Ehrenkodex der Paschtunen sich weder gegen die Religion noch die Verfassung richte. Air Marshal **Christopher H. Moran** ergänzte, dass in Afghanistan zwar in der Tat eine politische Lösung angestrebt werden müsse, Militär aber auch weiterhin erforderlich sei. Um dieses effektiv einsetzen zu können, müssten die Truppensteller ihre *caveats*, so vorhanden, reduzieren. Um zivile Opfer zu vermeiden, habe der Commander International Security Assistance Force (COMISAF) entsprechende Befehle erlassen. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass die meisten toten Zivilisten auf das Konto der Taliban gingen.

VIII. Vortrag des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, zum Thema „Stand der transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis EU-NATO“

Der Bundesminister der Verteidigung **Dr. Franz Josef Jung** führte aus, dass der NATO-Gipfel in Bukarest aus deutscher Sicht ein Erfolg gewesen sei. Die Bundesregierung sehe ihre außen- und sicherheitspolitische Linie in wichtigen Punkten bestätigt. Im Hinblick auf Afghanistan leiste Deutschland einen bedeutenden Beitrag. Man habe schon 2003 mit der Umsetzung der Strategie der vernetzten Sicherheit begonnen. Nun müsse dieser Ansatz auf ganz Afghanistan übertragen werden. Zum Aufbau und zu der Ausbildung der ANA werde Deutschland seine Anstrengungen bis 2009 verdreifachen. Bedauerlich sei, dass in der Öffentlichkeit die im Wesentlichen von der ANA selbst erfolgreich geführten Operationen nicht ausreichend wahrgenommen würden. Gleiches gelte leider für die in Afghanistan auf den Gebieten Schulbildung, medizinische Versorgung, Einkommensentwicklung etc. insgesamt bisher erzielten Erfolge. Das Europa der Verteidigung könne nur zusammen mit der NATO, nicht gegen sie verwirklicht werden. Dazu müssten innerhalb der

EU bestehende Blockaden aufgelöst werden. Wichtig sei im Hinblick auf die Erweiterungsdebatte, dass die NATO-Politik der offenen Tür auch weiterhin Geltung habe. Es sei jedoch richtig gewesen, sich in Bukarest darauf zu einigen, der Ukraine und Georgien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht den MAP-Status anzubieten. Beiden Ländern sei jedoch eine grundsätzliche Beitrittsperspektive eröffnet worden, was er auch befürworte. Was den Streit um das Raketenabwehrsystem anbelange, so hoffe er auf einen Dialog mit Russland. Immerhin habe man trotz einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten auch im vergangenen Jahr viel erreicht, wie nicht zuletzt die Teilnahme Russlands an der OAE belege.

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) bestritt, dass sich in Bukarest alle einig gewesen seien, der Ukraine und Georgien den MAP-Status zu verweigern. Nicht nur die Vereinigten Staaten hätten das MAP-Angebot gewollt. Im Übrigen interessiere ihn, wann sich bei den deutschen *caveats* und Verteidigungsausgaben etwas ändern werde. Der Abgeordnete **Jesus Cuadrado** (Spanien) bat um nähere Ausführungen zum Europa der Verteidigung. Die Abgeordnete **Ann McKechn** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete es als nützlich, wenn Russland dazu bewegen werden könnte, bezüglich des Kosovo eine unterstützende Rolle zu spielen. Abgesehen davon plädiere sie für Mehrheitsentscheidungen in der NATO, um Vetos wie das gegen Mazedonien künftig auszuschließen. Der Abgeordnete **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) kritisierte, dass hinsichtlich des Verhältnisses zwischen NATO und EU auf dem Balkan derzeit nur Hilfslösungen existierten. Ihn interessiere, wie man hier vorankommen wolle. Der Abgeordnete **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) betonte, dass internationale Sicherheitsfragen ohne Russland nicht zu lösen seien. Wenn Russland seine Meinung bezüglich des Kosovo änderte, könnten sich auch Ossetien und Abchasien für unabhängig erklären. Dass die NATO dies anders sehe, zeige, dass mit zweierlei Maß gemessen werde. Russland werde jedenfalls hinsichtlich des Kosovo bei seiner Auffassung bleiben. Abschließend frage er, ob der NATO-Russland-Rat als effektiv angesehen werden könne. Der Abgeordnete **Sardar Muhammad Latif Khosa** (Pakistan) wies darauf hin, dass Pakistan am stärksten unter dem Krieg und dessen Ausweitung nach Pakistan leide. Bei seinen Versuchen, die Fundamentalisten auszuschalten, erleide die pakistanische Armee erhebliche Verluste. Abgesehen davon lebten auch heute noch 3,5 Millionen afghanische Flüchtlinge in seinem Land. Pakistan, EU und NATO sollten daher schnellstmöglich eine gemeinsame Strategie entwerfen, wie der Region Frieden und Stabilität gebracht werden könne. Die afghanische Regierung würde seines Erachtens noch am selben Tag zusammenbrechen, wenn die NATO heute abzöge.

Der Bundesminister der Verteidigung **Dr. Franz Josef Jung** erläuterte zum deutschen Einsatz in Afghanistan, dass die Bundeswehr an das Mandat des Deutschen Bundestages gebunden sei. Dieses sehe maximal 3 500 Soldaten mit Schwerpunkt im Norden vor, wobei die Aufteilung in Regionen seinerzeit einmütig von der NATO beschlossen worden sei. Dennoch engagiere man sich mit den Tornados auch afghanistanweit. Ferner erlaube das Mandat

durchaus eine zeitlich befristete Unterstützung in anderen Regionen, wenn eine Notsituation diese erfordere. Letztlich werde man in Afghanistan nur erfolgreich sein, wenn der vernetzte Ansatz umgesetzt werde. Die Bundeswehr habe in Nordafghanistan beispielsweise 760 Projekte umgesetzt. Nach Umfragen seien mittlerweile 95 Prozent der Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr positiv eingestellt. Im Interesse der Sicherheit sei es wichtig, in Fragen der Grenzsicherung voranzukommen. Derzeit reisten noch jeden Tag 60 000 Menschen unkontrolliert an drei Grenzübergängen nach Afghanistan ein. Was das Europa der Verteidigung anbelange, so wolle er dieses zusammen mit dem französischen Präsidenten verwirklichen, aber ebenso Frankreich wieder auch militärisch in der NATO integriert sehen. Die gemeinsamen europäischen Missionen in Bosnien und Herzegowina und im Kongo hätten im Übrigen deutlich gemacht, dass man bezüglich der Planungs- und Führungsfähigkeiten noch effektiver werden müsse. Zudem müsse das Battle-Group-Konzept weiterentwickelt werden. Ziel müsse die Aufstellung auch von Battle-Groups zur See und zur Luft sein. Hinsichtlich der Rolle Russlands im Kosovo hoffe er, dass Moskau seine Meinung noch ändern werde. Die Situation auf dem Balkan sei auch keineswegs mit der in Südossetien oder Abchasien vergleichbar, da es dort nicht zu Massenhinrichtungen und -vertreibungen gekommen sei. Ohne das Eingreifen der NATO hätte es auf dem Balkan keine Stabilisierung gegeben. Der NATO-Russland-Rat sei auch in diesem Zusammenhang ein wichtiges Dialogforum, in dem Missverständnisse ausgeräumt und Streitpunkte geklärt werden könnten.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 24. Mai 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **John Tanner** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die Bedeutung des Wiederaufbaus in Afghanistan für die Sicherheitslage, das Wachstum der indischen Wirtschaft und der russische Energiemarkt.

II. Bericht des Präsidenten der Asia Foundation, Douglas Bereuter, zum Thema „Die Arbeit der Asia Foundation in Afghanistan“

Douglas Bereuter erläuterte, Ziele der Asia Foundation seien die friedliche Entwicklung und Öffnung der Asien-Pazifik-Region. Die Stiftung unterstütze dabei wirtschaftliche Reformen, eine bessere Regierungsführung, den Aufbau eines Rechtssystems, die Stärkung der Rechte der Frauen sowie die Bekämpfung von Menschenhandel. Für ihre Arbeit in Afghanistan seien die Grundlagen schon in den 1990er Jahren von Pakistan aus gelegt worden, so dass ab 2002 die bestehenden Kontakte ausgebaut werden konnten. Die Ausgangslage war nach dem Ende der Herrschaft der Taliban in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sehr schlecht. Fortschritte seien erkennbar, insbe-

sondere die Verbesserung der Situation der Frauen. Diese Entwicklung werde sich aber ohne weitere nachhaltige Veränderungen nicht halten lassen, erklärte Douglas Bereuter. Die Rolle der Regierung als Garant für Entwicklung und Sicherheit und damit eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bevölkerung müsse gestärkt werden. Die Afghanen außerhalb von Kabul stellten bisher nicht fest, dass Demokratie ihnen Verbesserungen bringe. Auch deshalb könnten die Taliban weiter Druck erzeugen. Ein existenzfähiges Afghanistan hänge von einer guten Regierungsführung ab. Abschließend betonte er, die größten bestehenden Probleme seien der Mohnanbau, eine 50-prozentige Arbeitslosigkeit und die Analphabetenrate von 75 Prozent.

Die Vereinten Nationen hätten zu wenig Ressourcen und Personal vor Ort, aber eine hohe Glaubwürdigkeit, erklärte **Douglas Bereuter** auf die Frage des Abgeordneten **Leon Benoit** (Kanada). Der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) fragte nach dem Beitrag zur Entwicklung der lokalen Verwaltung. **Douglas Bereuter** führte aus, die Asia Foundation fördere Kleinunternehmen und vergebe Mikrokredite, viele davon an Frauen. Die bestehende lokale Korruption sei jedoch ein großes Problem. Auf die Frage des Abgeordneten **Simon van Driel** (Niederlande) erklärte **Douglas Bereuter**, durch die oft mangelhafte Koordinierung vieler Hilfsmaßnahmen würden viele Ressourcen vergeudet. Der Abgeordnete **Muhammad Azam Swati** (Pakistan) sah einen engen Zusammenhang in der Entwicklung der Konflikte im Irak und in Afghanistan, die auch Auswirkungen auf die Stabilität in Pakistan hätte. Er wies die Vorwürfe des Westens zurück, sein Land beherberge Terroristen. **Douglas Bereuter** entgegnete, der Vorwurf sei, dass die Regierung die Stammesgebiete nicht kontrolliere. Er warb für einen Dialog Pakistans mit verhandlungsbereiten Taliban. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) bat die internationale Gemeinschaft um Unterstützung bei der Entwicklung anderer Einkommensquellen für die Bauern. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) kritisierte die Arbeit der Provincial Reconstruction Teams (PRTs), sah keine Fortschritte in der Entwicklung eines Rechtssystems und erklärte, die Wahlkommission werde nicht als unabhängig eingestuft. **Douglas Bereuter** entgegnete, die Kommission sei nicht perfekt, aber derartige Kritik unangemessen. Auch teilte er nicht die Meinung über die PRTs. Sie hätten mehr Kapazitäten als viele NROs.

III. **Beratung des Generalberichtsentwurfs „Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Afghanistan: Folgen für Entwicklung und Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichtserstatter Abgeordneter Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)**

Benötigt werde ein vielschichtiger Ansatz mit einer zivilen, polizeilichen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Dimension, erklärte Generalberichtserstatter Abgeordneter **Hugh Bayley**. Auf Afghanistan entfielen heute rund 93 Prozent der weltweiten Opiumproduktion. Die Gefahr einer umfassenden und unangekündigten Vernichtung des Mohnanbaus liege darin, dass viele Afghanen ihre Haupteinnahmequelle verlieren würden, ohne tragfähige

Alternativen geboten zu bekommen. Gerade deshalb aber komme es entscheidend darauf an, die Entwicklungsinitiativen mit den Sicherheitsbestrebungen zu koordinieren. Die internationale Gemeinschaft müsse auch weiterhin auf eine deutlich bessere Koordinierung drängen, auch zwischen der afghanischen Regierung, den Koalitionspartnern und internationalen Organisationen wie der NATO, der EU, den VN und der Weltbank. Es komme entscheidend darauf an, dass die afghanische Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der einfachen Menschen ergreife. Abschließend warb er für eine offene Debatte zum Thema Lastenteilung. Die Unterstützung für die Einsätze nehme in der Öffentlichkeit aller beteiligten Länder ab. Er sehe aber aufgrund der aktuellen Situation noch eine langjährige militärische Präsenz vor Ort.

Der Abgeordnete **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) sagte, die Bekämpfung der Taliban sei entscheidend für einen öffentlich anerkannten Erfolg der Mission. Der Berichtserstatter **Hugh Bayley** erklärte, die Taliban könnten nicht nur militärisch besiegt werden, sie müssten die Unterstützung in der ländlichen Bevölkerung verlieren. Entscheidend dafür sei, dass die afghanische Regierung für eine Entwicklungsperspektive stehe. Der Abgeordnete **Muhammad Azam Swati** (Pakistan) sprach die finanziellen Belastungen Pakistans durch die afghanischen Flüchtlinge an. Der Abgeordnete **Hugh Bayley** warb für einen Dialog zwischen beiden Ländern und eine verstärkte Zusammenarbeit. Viele Probleme bestünden auf beiden Seiten der Grenze.

IV. **Bericht von Margarita Balmaceda, Associate Professor, John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations, Seton Hall University, New Jersey, zum Thema „Russische Energiepolitik und die Auswirkungen für die europäische und transatlantische Sicherheit“**

Die Professorin **Margarita Balmaceda** erklärte, Russland setze seine Energie in den energiearmen und damit abhängigen Übergangsländern Georgien, Ukraine und Weißrussland als Druckmittel in der Außenpolitik ein. Durch Marktkontrolle, die bestehende Transitinfrastruktur, besondere Vertragsgestaltung und Energieaufkäufe in Zentralasien werde die Abhängigkeit weiter vertieft. Der russische Erdgasproduzent Gazprom spiele dabei eine entscheidende Rolle, trete allerdings durch eine diversifizierte Vertragsgestaltung nicht direkt in Erscheinung. Die abhängigen Länder stünden insgesamt vor schwierigen Herausforderungen. Dazu gehöre insbesondere das konsequente Vorgehen gegen Korruption im Bereich der Energiewirtschaft. Europa habe inzwischen die Risiken einer Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen erkannt und plane den Bau der so genannten Nabucco-Pipeline, die aus dem kaspischen Raum – unter Umgehung Russlands – über die Türkei, den Balkan und Ungarn nach Europa führen solle. Margarita Balmaceda erklärte abschließend, die Sicherung der Energieversorgung sei nur durch Einsparungen, die Diversifikation der Energie-

quellen sowie geographische und vertragliche Diversifikation zu erreichen.

Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) sprach Investitionen russischer Unternehmen in europäische Energiegesellschaften und das damit verbundene Interesse an einer verlässlichen Versorgung der Kunden an. **Margarita Balmaceda** bejahte dies grundsätzlich, verwies aber auf den zunehmenden Einfluss der Unternehmer. Beunruhigend sei auf der anderen Seite, dass europäische Investitionen in den russischen Markt verschiedenen Einschränkungen unterlägen und damit der Marktzugang blockiert werde. Der Abgeordnete **Oleg Tolkatschow** (Russische Föderation) erklärte, der Bericht sei in der Sprachweise des Kalten Krieges formuliert. Es gebe auch keinen Konflikt zwischen Russland und Weißrussland, sondern eine gemeinsame erfolgreiche Energiepolitik. Der Abgeordnete **Petras Austrevicius** (Litauen) sprach sich für eine gemeinsame EU-Energiepolitik aus. **Margarita Balmaceda** unterstützte diesen Ansatz, verwies dabei aber auf die sehr unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten. Der Abgeordnete **Mikhail Babich** (Russische Föderation) sagte, der Westen habe Russland immer fehlende Marktmechanismen vorgehalten. Wenn Gazprom jetzt entsprechend handle, spreche man von ökonomischer Erpressung. **Margarita Balmaceda** widersprach und betonte, um von echten Marktpreisen zu sprechen sei eine größere Anzahl von Anbietern nötig.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Der Aufstieg der indischen Wirtschaft: Transatlantische und weltweite Auswirkungen“, vorgelegt von den Mitberichterstellern Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen) Abgeordneter John Boozman (Vereinigte Staaten)

Indien sei ein Land der großen Unterschiede, erklärte Mitberichtersteller Abgeordneter **Petras Austrevicius**. Der immer modernere Informations- und Dienstleistungssektor sorge für ein anhaltend starkes Wachstum (durchschnittlich 8 Prozent in den letzten fünf Jahren). Voraussetzung waren die 1991 eingeleitete sukzessive Deregulierung und die Öffnung der indischen Volkswirtschaft. Die gewachsenen demokratischen Strukturen unterschieden das Land von vielen anderen in der Region. Ein Problem aber seien die großen regionalen Unterschiede, vor allem aber die wachsende Kluft zwischen einer sich herausbildenden städtischen Mittelschicht und der überwiegend armen Bevölkerung auf dem Lande. Er bezog in seinen Bericht auch die Lage Indiens in einer instabilen Region und den Konflikt mit Pakistan um Kaschmir ein. Der Abgeordnete **John Boozman** erläuterte die engen Beziehungen zwischen den USA und Indien. In wirtschaftlicher Hinsicht gebe es in letzter Zeit einige Spannungen durch die Verlagerung vieler amerikanischer Arbeitsplätze nach Indien. Man kritisiere auch die Zusammenarbeit Indiens mit dem Iran und die Haltung gegenüber Myanmar (Birma). Er unterstrich jedoch abschließend die Notwendigkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zum Thema „Staat und Markt in der neuen russischen Wirtschaft“, vorgelegt vom Berichtersteller Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Mit dem Bericht sollen die veränderte russische Wirtschaft und die möglichen Folgen für die Beziehungen Russlands zum Westen aus einer westlichen Perspektive untersucht und damit eine Grundlage für einen künftigen Dialog gelegt werden, erklärte der Berichtersteller Abgeordneter **Attila Mesterhazy**. Die postkommunistische Wirtschaftsentwicklung Russlands habe zu Recht als ein unerlässliches Element der internationalen ökonomischen, politischen, sicherheitspolitischen und diplomatischen Landschaft gegolten. Da die wirtschaftliche Freiheit ein wesentliches Element politischer Freiheit darstelle, habe man gehofft, dass der Aufbau einer Marktwirtschaft die gerade entstehende russische Demokratie konsolidieren würde. Inzwischen sei Russland in eine andere wirtschaftspolitische Entwicklungsphase eingetreten, in der der Staat eine stärkere Rolle in Wirtschaftsunternehmen spiele als noch vor zehn Jahren. Das Land sei zu einem energieexportierenden Giganten geworden; es steuere die weltweit in die Höhe schnellenden Energiekosten und erreiche so ein beispielloses Wohlstandsniveau. Allerdings bedrohten Korruption, die wachsende Bedeutung der staatseigenen Monopole, willkürliche Verwaltung, hohe Verschuldung, zunehmende Inflation, eine sich weiter öffnende Reichtumsschere und geringe Produktivität die russische Wirtschaft und ihre langfristige Entwicklung. **Attila Mesterhazy** erklärte abschließend, einer der Schlüssel für die Lösung dieser Probleme seien freie und offene Medien. Sie würden eine Plattform für diejenigen bilden, die mögliche Lösungen anbieten könnten. Die Medien seien in Russland jedoch massiv unter Druck gesetzt und geschwächt worden.

VII. Diskussion über den Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Die Ausschussmitglieder diskutierten den vom Ständigen Ausschuss vorgelegten Textentwurf.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Sonntag, dem 25. Mai 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit der Zukunft des Kosovo und den Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien (ICTY), dem Schutz kritischer Infrastruktur, der Frage von Sicherheit und Demokratie in Zentralasien

sowie dem Thema „Staat und Religion in der Schwarzmeerregion“.

II. Vortrag von Judy Blatt, Professorin für zentral- und osteuropäische Politik, Europäisches Forschungszentrum, Universität von Birmingham, zum Thema „Kosovo und Serbien: Welche Zukunft?“

Die **Professorin Judy Blatt** beleuchtete vor dem Hintergrund der am 17. Februar 2008 verkündeten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo die längere Geschichte der Albaner. Sie fragte sich, ob die Erklärung als letzter Akt in der jugoslawischen Tragödie betrachtet werden solle und den Weg zum Beitritt zur EU für ein unabhängiges Kosovo ebne oder ob die Erklärung den ersten Schritt zu einem Großalbanien darstelle. Letzteres scheine ausgeschlossen, da es nicht nur eine, sondern mehrere albanische Fragen gebe. Die Albaner seien sehr spät zur Staatenbildung gekommen; bei ihnen habe kein Staat den Einigungsprozess vorangetrieben, sodass eine Vielzahl von Gemeinschaften immer noch existiere. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien die Albaner zwischen dem Enver-Hoxha-Regime und einem dezentralen Jugoslawien gespalten gewesen. Seit 1991 bildete außerdem ein Teil von ihnen eine Minderheit innerhalb der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Mit der ungelösten Identitätsfrage und dem Nichtvorhandensein eines Staates, für das die albanische Elite die Verantwortung hätte tragen können, verband die Rednerin die heutige Schwäche der demokratischen Kultur bei den Albanern. Sie griff das Thema der Regierungsfähigkeit eines neuen Staatswesens in der Region auf und hielt es für möglich, dass ein starker und lebensfähiger Staat im Kosovo entstehe, obwohl die Gefahr drohe, dass manche Serben diesen destabilisieren möchten, indem sie separatistische Tendenzen förderten. Wird die internationale Gemeinschaft vor dieser großen Herausforderung den erwarteten Beitrag leisten können? Wie schnell könne der Übergang zur Europäischen Rechtsstaatsmission EULEX erfolgen? Für die Stabilität der Region trügen auch die Kosovo-Albaner eine Verantwortung. Eine eigenständige Regierung könnte aber Schwierigkeiten haben, den Ansprüchen und Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden, zumal die wirtschaftliche Lage schlecht sei: Trotz des niedrigen Altersdurchschnittes führe mangelnde Ausbildung zu einer hohen Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund erzeuge die politische Fragmentierung im Kosovo zu Recht Besorgnis. Ein neues Staatswesen drohe an den vorhandenen zentrifugalen Kräften zu zerbröckeln. Es bestehe weiterhin eine Kluft zwischen der Wählerschaft und der Elite. Ein neuer Staat müsse sich zwei Herausforderungen stellen: Er müsse zum einen die Identität des Landes verkörpern und zum anderen die Modernisierung vorantreiben. Die Zukunft eines solchen Staatswesens liege darin, der EU beizutreten. Die Rednerin wandte sich dann der Frage zu, ob Serbien die ihm zustehende Rolle in Europa einnehmen werde. Innenpolitisch habe der Staat die Aufgabe, im Bereich der Wirtschaft, der Entwicklung und der Sicherheit der Bevölkerung konkrete Leistungen zu präsentieren. Es bestehe in Serbien aber die Tendenz, sich eher mit der territorialen Frage als mit der Modernisie-

rung des Landes zu beschäftigen. Alle Parteien teilten die Auffassung, das Kosovo solle Bestandteil Serbiens bleiben. Nun seien die vor kurzer Zeit abgehaltenen Parlamentswahlen eine historische Wende gewesen. Indem sie mehrheitlich für die europafreundlichen Parteien gestimmt habe, habe die Wählerschaft gezeigt, dass sie großen Wert auf die Annäherung zur EU lege. Die Parteien sollten sich der Realität stellen und eingestehen, dass das Kosovo verloren sei. Demgegenüber habe die EU die wichtige Aufgabe, die Integration in der Region voranzutreiben, die Zusammenarbeit mit allen Nachbarländern zu vertiefen sowie deren Reformen zu fördern. Dabei solle sie eine große Überzeugungsarbeit leisten und den Versuch unternehmen, auch in Bosnien die Werbetrommel für sich zu rühren. Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) bemerkte, die Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sei nicht erwähnt worden und bezweifelte den demokratischen Charakter der Vorgänge im Kosovo. Während er auf die Zerstörung orthodoxer Kirchen und religiöser Denkmäler hinwies, bezichtigte er die KFOR der Gleichgültigkeit und Passivität gegenüber den Gewaltakten von Terroristen. Weiterhin vermisse er einen Hinweis darauf, dass das Kosovo zum Umschlagplatz des Handels mit Drogen und gestohlenen Autos in Europa geworden sei. Die Serben würden nie akzeptieren, dass ein Teil ihres Territoriums unabhängig werde. Schließlich sei es durchaus gefährlich, alle bestehenden Grenzen zu hinterfragen, denn dann wären russische Minderheiten in der Krim, in Abchasien, im Baltikum, in der Ukraine, in Georgien und im restlichen Südkaukasus berechtigt, zusätzliche russische Republiken zu gründen. Der Abgeordnete **Igor Becic** (Serbien) teilte mit, Serbien werde eher eine diplomatische Isolation als die Abspaltung von 12 Prozent seines Territoriums hinnehmen. Anlässlich der vor kurzem abgehaltenen Parlamentswahlen hätten die Bürger bewiesen, dass sie zwar Serbien mit der Zeit als Bestandteil der EU, aber das Kosovo weiterhin als Bestandteil von Serbien betrachteten. Durch dessen einseitig verkündete Unabhängigkeit seien sowohl das Recht Serbiens auf seine territoriale Integrität als auch das Völkerrecht schlechthin verletzt worden. Dies stelle einen düsteren Präzedenzfall dar, der die Stabilität auf dem Balkan auf das Größte zu gefährden drohe. Serbien aber werde weder diesen Vorfall akzeptieren noch die Waffen im Kosovo ergreifen. Vielmehr bevorzuge es die Fortsetzung eines Verhandlungsprozesses. Der Abgeordnete trage die Entsendung der EULEX-Mission nicht mit, und die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) werde insoweit nur illegal ihre Kompetenzen auf die EULEX-Mission übergeben können.

III. Vortrag von Stéphane Bourgon, Anwalt beim Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien (ICTY) über den Stand der laufenden Verfahren

Stéphane Bourgon gab zunächst einen Überblick über die Vorgeschichte des ICTY, der 1993 auf der Grundlage einer Resolution der Vereinten Nationen eingesetzt wurde, und erläuterte die bisherigen Ergebnisse des Tribunals; 74 Personen seien angeklagt und 63 Personen

schuldig gesprochen worden; elf Personen seien freigesprochen worden. Gegenwärtig gebe es 28 laufende Verfahren und sechs Vorverfahren. Ziel des ICTY sei es, bis 2010 alle Verfahren abzuschließen. Berufungen könnten dann bis 2012 abgeschlossen sein. Die bisherige Arbeit des ICTY habe gezeigt, dass eine unabhängige und faire internationale Strafgerichtsbarkeit möglich sei. Der ICTY habe sich inzwischen zu einem Modell für andere internationale Gerichtshöfe entwickelt und zur Festigung eines internationalen Völkerrechts beigetragen. So würden die Entscheidungen des ICTY inzwischen Einfluss finden in die militärischen Handbücher der verschiedenen Armeen. Gleichwohl habe es der ICTY bisher nicht geschafft, feste Regeln im internationalen Strafrecht zu schaffen. Auch habe die Arbeit des ICTY eine Reihe von Mängeln gezeigt, wie z. B. die lange Dauer einzelner Verfahren. Außerdem seien die wichtigen Angeklagten, wie Radovan Karadžić und Ratko Mladić weiterhin flüchtig. Sie müssten gefasst, nach Den Haag gebracht und vor den ICTY gestellt werden. Obwohl der ICTY politisch gedrängt werde, seine Arbeit zügig zu erledigen, dürfe dies nicht auf Kosten rechtsstaatlich fairer Verfahren für die Angeklagten gehen. Vielmehr müsse der ICTY den eingeschlagenen Weg frei von politischen Einflüssen weitergehen. Der ICTY, so Stéphane Bourgon, habe durch seine erfolgreiche Tätigkeit einen wichtigen Beitrag für Frieden und Stabilität auf dem Balkan geleistet. Die Lehre aus der Arbeit des ICTY sei, weitere internationale Strafgerichtshöfe einzurichten. An die Delegierten der NATO PV appellierte er, die Arbeit des ICTY auch weiterhin nach außen zu unterstützen. In der sich anschließenden Debatte unterstellte der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) eine Mitschuld des ICTY am Tod des serbischen Diktators Slobodan Milošević. Dieser Vorwurf wurde von **Stéphane Bourgon** entschieden zurückgewiesen. Die Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) fragte, wie die Unabhängigkeit des ICTY auch in Zukunft gewahrt bleiben könne. **Stéphane Bourgon** antwortete darauf, dass sich die Exekutive bei der Auswahl des Richterremiums und nach der förmlichen Einsetzung des Tribunals aus dessen Entscheidungen heraushalten müsse. Die Abgeordneten **Jan Ormel** (Niederlande) und **Tchetin Kazak** (Bulgarien) fragten nach dem Zeitplan für die Beendigung des ICTY. **Stéphane Bourgon** gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Sicherheitsrat der VN das Mandat so lange verlängern würde, bis alle noch flüchtigen Angeklagten vor Gericht erschienen seien. Theoretisch sei es auch möglich, das Verfahren gegen die noch flüchtigen Angeklagten Radovan Karadžić und Ratko Mladić dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu übergeben, allerdings sei dafür eine förmliche Entscheidung des VN-Sicherheitsrates erforderlich. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) und der Abgeordnete **Sardar Muhammad Latif Khosa** (Pakistan) griffen das Thema der Anwesenheit von Opfern bei den ICTY-Verfahren auf. **Stéphane Bourgon** entgegnete, seine persönliche Meinung sei, dass Opfer nicht an den sie betreffenden Verfahren aktiv teilnehmen, sondern sich von Verteidigern vertreten lassen sollten. Das ICTY habe jedoch entschieden, dass Opfer bei der Anklageerhebung und beim Kreuzverhör anwesend sein dürften.

IV. Beratung des Sonderberichtsentwurfs über „Energiesicherheit: Zusammenarbeit bei der Verbesserung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Lord Jopling beschrieb eine ganze Reihe von Attentatsversuchen und -planungen von Terroristen gegenüber sensiblen Infrastruktureinrichtungen in der jüngeren Vergangenheit. So seien beispielsweise in Schweden Vorbereitungen für ein Attentat auf ein Kernkraftwerk aufgedeckt worden und im Irak seien Ölpipelines häufiges Angriffsziel von Aufständischen. Da ein Schutz der gesamten kritischen Infrastruktur aus praktischen Erwägungen heraus nicht möglich sei, sollten sich die staatlichen Schutzvorkehrungen auf besonders sensible Einrichtungen im Energiesektor konzentrieren. Dazu gehörten etwa Tanker, Ölverladestellen, Atomkraftwerke, Häfen sowie Öl- und Gaspipelines. Der Schutz der kritischen Infrastruktur sei zunächst eine nationale Aufgabe, NATO und EU könnten aber in der Koordinierung der erforderlichen Schutzmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle übernehmen. In den Vereinigten Staaten sei die Bedeutung des Schutzes kritischer Infrastrukturen inzwischen erkannt worden. Jährlich würden die Vereinigten Staaten dafür 50 Milliarden US-Dollar aufwenden. Auch die EU habe diese Bedrohung inzwischen erkannt und dazu eine Mitteilung der Europäischen Kommission vorgelegt.

Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) betonte die Dringlichkeit des Themas Energiesicherheit und verwies auf die Abhängigkeit des Westens im Energiesektor von nur wenigen Ländern (Russland, Mittlerer Osten). Die NATO solle dieser einseitigen Abhängigkeit mit Notfallplanungen begegnen. Auch über einen möglichen NATO-Einsatz zum Schutz der Versorgungseinrichtungen vor Anschlägen von Terroristen sei nachzudenken. Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) warf David Scott daraufhin eine Art Kriegserklärung zur Sicherung von Energiequellen vor und betonte, dass Russland sich in der Vergangenheit als zuverlässiger Energielieferant erwiesen habe, aber auch das Recht besitze, Erdöl und -gas zu Marktpreisen zu exportieren. Der Abgeordnete **Tchetin Kazak** (Bulgarien) schloss sich den Ausführungen David Scotts an und betonte, der Schutz kritischer Infrastrukturen dürfe sich nicht auf Einrichtungen in den Heimatländern beschränken, sondern müsse auch die Lieferländer (Kaukasus und Zentralasien) umfassen. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) wies auf die nationale Verantwortung der einzelnen NATO-Mitgliedstaaten hin. Er warf die Frage auf, wie zu reagieren sei, wenn plötzlich Energielieferungen in den Westen gestoppt würden. Die größte Bedrohung im Energiesektor, so Bruce George, käme nicht von Terroristen, sondern von Staaten, die Energielieferungen stoppen würden. So habe etwa Russland in der Vergangenheit gegenüber seinen Nachbarn wiederholt Energie als politische Waffe missbraucht. Um solche politischen Erpressungsversuche zu verhindern, müssten politische und wirtschaftliche Schutzvorkehrungen ge-

troffen werden. Diese Ausführungen wurden von der Abgeordneten **Rasa Jukneviene** (Litauen) bekräftigt. So habe Russland etwa seine Öllieferungen nach Litauen eingestellt, nachdem es bei der Privatisierung einer wichtigen litauischen Ölraffinerie nicht berücksichtigt worden sei. Es bestünden zudem enge Beziehungen zwischen russischen Energielieferanten und korrupte Partner versuchten gegenwärtig, auf litauische Medien in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen. Um diese Versuche abzuwehren, seien gemeinsame Gegenmaßnahmen notwendig, wie z. B. die Gründung eines Energiesicherheitszentrums, ähnlich einer Einrichtung in Estland, die sich mit der Abwehr von aus Russland stammenden *Cyberattacken* auf die estnische Regierung beschäftige.

Der Berichterstatter **Lord Jopling** sah ebenfalls die Gefahr des Missbrauchs von Energielieferungen als politische Waffe. Um ihr wirksam zu begegnen, sei die Förderung alternativer Energiequellen und der Kernenergie erforderlich. Auch ein militärisches Eingreifen der NATO sei nicht völlig auszuschließen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Demokratie und Sicherheit in Zentralasien. Welche Politik für NATO und EU?“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** legte die Gründe für ein verstärktes Interesse des Westens an den fünf zentralasiatischen Republiken dar und nannte dabei vor allem den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die eigene militärische Präsenz in Afghanistan und wachsende Zweifel an der Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant. Der gestiegenen geopolitischen Bedeutung der Region entsprechend hätten die EU und die NATO ihre Zentralasienstrategien inzwischen erneuert. Bei Hinwendung des Westens zu dieser Region sei jedoch mit der Konkurrenz Chinas und Russlands zu rechnen. Auf den in den 1990er Jahren einsetzenden Transformationsprozess, insbesondere auf die nur zögerlich vorankommende Demokratisierung der zentralasiatischen Staaten, hätten die NATO und die EU nur wenige Einflussmöglichkeiten. Marc Angel plädierte in seinem Berichtsentwurf vor allem dafür, dass die NATO und die EU ihre Zentralasienstrategien stärker als bisher koordinieren sollten.

In der sich anschließenden Diskussion bemängelte der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation), der Bericht würde den russischen Einfluss in Zentralasien nicht hinreichend widerspiegeln, die meisten Staaten seien lange Zeit Teil der UdSSR gewesen und heute Mitglied der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) und der Shanghai-Organisation, zudem gebe es dort einen starken russischen Bevölkerungsanteil. Gefahren für die Region bestünden in einer Islamisierung und der Entwicklung eines zweiten Afghanistans. Die Demokratisierung dieser Staaten müsse vor dem Hintergrund dieser Gefahren behutsam erfolgen. Die Abgeordnete **Asta Johannesdóttir** (Island) lenkte die Aufmerksamkeit auf die prekäre Situation von Frauen und Kindern in den zentralasiatischen Staaten und regte an, dies in dem Be-

richtsentwurf eingehender aufzugreifen. Der Abgeordnete **Rashit Akhmetow** (Kasachstan) äußerte sich zufrieden über den seiner Ansicht nach differenzierenden Länderteil des Berichtsentwurfs, der zeige, dass es sich bei den zentralasiatischen Staaten nicht um einen homogenen Block handle.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Staat und Religion im Schwarzmeerraum“, vorgelegt vom früheren Berichterstatter Bert Middel (Niederlande) mit einem Korrigendum vom Berichterstatter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Bert Middel** gab zunächst einen Überblick über die Vorgeschichte des Berichtsentwurfs selbst, der von der Tagesordnung bei der 53. Jahrestagung in Reykjavik im Oktober 2007 auf die Frühjahrstagung in Berlin im Mai 2008 verlegt wurde, und die inzwischen vorgenommenen Änderungen, die dessen Kernaussagen aber unverändert gelassen hätten. Bert Middel beschrieb die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten der Schwarzmeerregion in der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Religion und ging auf die Frage ein, welche Rolle die Religion in der Region spiele und welche Folgen dies für die sicherheitspolitische Situation habe. In der gegenwärtigen Grenzziehung stimmten die Religions- und ethnischen Grenzen nicht überein. Gemeinsam sei den Staaten der Schwarzmeerregion ein Erstarren von Nationalismus und Religion mit teilweise extremistischen Tendenzen. Dennoch sei in den meisten Schwarzmeerstaaten die Religion zwar ein zentraler aber nicht dominanter Teil der Außenpolitik. Die wichtigste innenpolitische Herausforderung dort bestehe darin, Radikalisierung und Marginalisierung von Teilen der Gesellschaft zu verhindern.

Der Abgeordnete **Artur Aghabekyan** (Armenien) kritisierte jenen Teil des Berichtsentwurfs und der Schlussfolgerungen, die sich mit Armenien beschäftigen, als zu einseitig. Der Abgeordnete **Jan Ormel** (Niederlande) fragte nach dem gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei und ob die gemeinsame Grenze weiterhin geschlossen sei. Außerdem fragte er nach der Rolle Russlands in den eingefrorenen Konflikten (Abchasien, Südossetien). Der Abgeordnete **Kyriakos Mitsotakis** (Griechenland) begrüßte den Berichtsentwurf, plädierte aber dafür, den Passus über die Türkei mit einem Hinweis zu ergänzen, dass der griechische Patriarch in der Türkei nicht anerkannt und die Abhaltung von christlichen Religionsseminaren in der Türkei verhindert werde. Der Abgeordnete **Tchetin Kazak** (Bulgarien) lobte den Berichtsentwurf als ausgewogen und regte an, den Text um das Schicksal der Krimtataren in der Ukraine zu ergänzen. Der Abgeordnete **Ziyafat Asgarov** (Aserbaidschan) wies den Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen und der politischen Repression in seinem Land zurück. Der Abgeordnete **Raffi Hovannisian** (Armenien) kritisierte, dass jene Passagen des Berichtsentwurfs, in denen die unter der türkischen Herrschaft 1915 an den Armeniern begangenen Verbrechen behandelt würden, auf den Begriff „Genozid“ verzichteten. Der Bericht-

statter **Bert Middel** (Niederlande) bedankte sich für die Anregungen und beantwortete die gestellten Fragen. Die gemeinsame Grenze zwischen Armenien und der Türkei sei nach wie vor geschlossen, äußerte Bert Middel, und die Geschehnisse des Jahres 1915 würden die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei bis heute dominieren. Der Hinweis, im Bericht würde eine politische Repression in Aserbaidschan verurteilt, sei ein Missverständnis, es gebe dort nur repressive Maßnahmen gegen Radikale und Extremisten. Der Berichterstatter sagte zu, die Anregung des griechischen Delegierten Kyriakos Mitsotakis zur Frage der Anerkennung des griechischen Patriarchen in der Türkei in den Bericht aufzunehmen.

Der Berichtsentwurf zu „Staat und Religion in der Schwarzmeerregion“ sowie das dazugehörige Korrigendum wurden zusammen mit den vom Berichterstatter gebilligten Änderungsvorschlägen von den Delegierten angenommen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den deutschen Gastgebern und dem NATO PV-Sekretariat für die Organisation und Durchführung der Ausschusssitzung und schloss die Sitzung.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 24. Mai 2008 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen Energiesicherheit für den transatlantischen Raum, Verminderung der weltweiten nuklearen Bedrohung und die Raketenabwehr: die Perspektive der Allianz.

II. Unterrichtung der Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie und des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit durch Dr. Roland Götz, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, und Margarita Balmaceda, Associate Professor, John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations, Seton Hall University, New Jersey, USA, zum Thema „Russland als Energiepartner Deutschlands und Europas“

Dr. Roland Götz erläuterte die Rolle Russlands als Energiepartner Deutschlands und Europas. Europa beziehe derzeit ein Drittel seines Erdölbedarfs aus Russland und der kaspischen Region. Der Transport erfolge im Wesentlichen über Pipelines. Russland überlege jedoch, den Transport aufs Meer zu verlegen und insbesondere die seit 1984 bestehende Druschba-Pipeline zu schließen. Dr. Roland Götz empfahl, mit Russland Verhandlungen über die Aufrechterhaltung dieser Verbindung zu führen, da diese für die europäische Energieversorgung von gro-

ßer Bedeutung sei. Insgesamt sei die Erdölversorgung jedoch keine europäische sondern eine globale Frage. Die Erdgasversorgung hingegen sei nicht nur ein wirtschaftlich sondern vor allem auch ein politisch interessantes Thema. Europa beziehe sein Erdgas fast ausschließlich aus Russland; der Transport erfolge auch hier über Pipelines. Diese stammten noch aus sowjetischer Zeit, seien aber insgesamt in gutem Zustand. Gazprom unternehme große Anstrengungen, das bestehende Netz zu erhalten. Mit Engpässen in der Gasversorgung sei in Zukunft nicht zu rechnen. Russland erschließe neue Fördergebiete in der Barentsee und auf der Jamalhalbinsel. Problematisch sei der von Gazprom geplante Bau einer Unterwasserpipeline durch die Ostsee, die auf erhebliche Widerstände in Polen und den baltischen Staaten stoße. Zusammenfassend stellte er fest, dass es in Bezug auf Erdgas in absehbarer Zeit keine Versorgungsprobleme geben und Russland ein verlässlicher Lieferant bleiben werde.

Die **Professorin Margarita Balmaceda** erläuterte in ihrem Vortrag die große Abhängigkeit Europas und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion von russischen Gaslieferungen. Russland kontrolliere fast die gesamte Transitinfrastruktur und habe das Monopol für Gaslieferungen unter anderem für die Ukraine, das Baltikum, Weißrussland und Armenien. Gleichzeitig kaufe es auch fast die gesamten Erdgasvorkommen aus Turkmenistan und anderen zentralasiatischen Staaten auf. Gazprom spiele dabei eine entscheidende Rolle. Allerdings trete der Konzern nicht direkt in Erscheinung, sondern bediene sich einer diversifizierten Vertragsgestaltung über Zwischenhändler. Europa habe jedoch inzwischen die Risiken einer Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen erkannt und plane den Bau der so genannten Nabucco-Pipeline, die aus dem kaspischen Raum – unter Umgehung Russlands – über die Türkei, den Balkan und Ungarn nach Europa führen soll. Russland habe im Gegenzug seine Bemühungen verstärkt, die Kontrolle über die zentralasiatischen Gasproduzenten zu gewinnen. Mit Blick auf die Zukunft müssten vor allen Dingen die energiepolitischen Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland beobachtet werden, die sich mit dem Ende der Subventionierung der weißrussischen Wirtschaft durch Russland zunehmend verschlechtert hätten. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion stünden vor schwierigen Herausforderungen. Dazu gehörten insbesondere der Bereich der Energieeinsparung, der Diversifizierung der Energiequellen und das konsequente Vorgehen gegen Korruption im Bereich der Energiewirtschaft.

In der anschließenden Aussprache ging **Dr. Roland Götz** auf Nachfrage mehrerer Delegierter auf die derzeit bestehende Preiskopplung für Gas und Erdöl ein. Die Diskussion über die Entkopplung der Preise gebe es schon lange. Allerdings funktioniere die Preiskopplung und habe durchaus ihre Vorteile; Vertragsverhandlungen würden vereinfacht und ließen in der Regel keinen Streit über die Preisgestaltung zu. Auch bei einer Entkopplung würde sich an der Marktlage nichts ändern. Auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wies **Dr. Roland Götz** darauf hin, dass es wegen der geographischen Besonderheiten und technischer Probleme nicht möglich sei, im Kaspischen Meer eine unterseeische Pipeline zu

bauen. Der Transport von Öl und Flüssiggas erfolge daher auch in Zukunft auf dem Seeweg. Außerdem gebe es kaum Möglichkeiten, Gas aus Turkmenistan direkt nach Europa zu transportieren. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) merkte kritisch an, dass Russland sich bisher geweigert habe, die Energiecharta zu unterzeichnen. **Dr. Roland Götz** berichtete, dass Russland zwar unterschrieben, die Duma die Charta aber noch nicht ratifiziert habe. Das Gleiche gelte im Übrigen für die Vereinigten Staaten, Norwegen und Australien. Diejenigen Länder, die bisher ratifiziert hätten, seien Verbraucherländer. Russland habe kein Interesse an der Charta, da es seine Rohstoffe problemlos absetzen könne. Darüber hinaus sei die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls Voraussetzung für die Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) gewesen; auf die Ratifizierung der Energiecharta habe man bewusst verzichtet. Auf Nachfrage mehrerer Delegierter nannte **Professorin Margarita Balmaceda** die baltischen Staaten und Dänemark als Beispiele für eine gelungene Diversifizierung. Diese Länder hätten ihren Energieverbrauch reduziert und gleichzeitig die Abhängigkeit von Russland verkleinert. Der Abgeordnete **Rafael Gimalov** (Russische Föderation) kritisierte, dass aus dem Vortrag von Professorin Margarita Balmaceda der Schluss gezogen werden könne, Russland werde seine Rolle als Haupterdgaslieferant für Europa als Waffe bzw. Druckmittel einsetzen. Die Sowjetunion habe bereits 1984 mit der Lieferung von Erdöl über die Druschba-Pipeline begonnen. Seitdem habe es nie Lieferunterbrechungen gegeben.

III. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ zum Thema „Energiesicherheit für den transatlantischen Raum“, vorgestellt vom Berichterstatter Abgeordneter Mario Tagarinski (Bulgarien)

Energiesicherheit sei eines der zentralen Themen für die internationale Gemeinschaft und für Organisationen wie die NATO geworden – so begann der Abgeordnete **Mario Tagarinski** seine Zusammenfassung des Berichtsentwurfs. Die Sicherung der Energieversorgung sei immer ein Faktor in internationalen Beziehungen gewesen. Der Begriff Energiesicherheit sei als „Sicherung des Zugangs zu den Energieressourcen, die für die anhaltende Entwicklung nationaler Macht notwendig sind“ zu definieren. Voraussetzung für Energiesicherheit sei ein diversifiziertes Angebot an Energieressourcen mit einer breiten Palette verfügbarer Energiequellen sowie unterschiedlichen Möglichkeiten für den Transport der Energierohstoffe. Stabilität und Transparenz des weltweiten Erdöl- und Erdgasmarktes seien eine weitere wichtige Voraussetzung. Für den Fall einer Krise müssten Reservekapazitäten vorgehalten werden. Aus heutiger Sicht und angesichts der Herausforderungen des Klimawandels sei es schwierig, sich eine nachhaltige Zukunft anders als CO₂-frei vorzustellen. Es sei jedoch auch offensichtlich, dass Kohlenwasserstoff auch in den nächsten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle spielen werde. Im Allgemeinen gebe es zwei Möglichkeiten, die Herausforderungen der Energiesicherheit anzugehen: einen reaktiven und einen proaktiven

Ansatz. Ersterer konzentriere sich auf die Auseinandersetzung mit der bestehenden globalen Energielandschaft und die Suche nach Wegen, um eine ausreichende Erdöl- und Erdgaslieferung sicherzustellen. Der proaktive Ansatz sehe vor, dass eine langfristige Strategie entwickelt werden müsse, um den Übergang zur Zukunft ohne Kohlenwasserstoffe zu erleichtern. Beide Ansätze müssten bei der Gestaltung der Energiepolitiken und -strategien Berücksichtigung finden. Ein Großteil der Probleme im Zusammenhang mit der Energiesicherheit resultiere aus der Tatsache, dass der Energiesektor häufig einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterworfen sei. So befänden sich circa 90 Prozent der weltweiten Erdöl- und Erdgasreserven in staatlicher Hand. Die euroatlantische Gemeinschaft habe daher keine andere Wahl, als die alten geopolitischen Spiele mitzuspielen, während sie gleichzeitig weiter für eine Liberalisierung des Energiemarktes werben müsse. Sie müsse auf kurze Sicht ihre Solidarität erhöhen, um sicherzustellen, dass keines ihrer Mitglieder einer Energieerpressung ausgesetzt werde. Multiple Pipelines, Flüssigerdgasterminals und Netzverbindungsleitungen seien dafür von äußerster Wichtigkeit. Ein weiterer Schwerpunkt seien Anstrengungen zur Diversifizierung der Lieferwege. Die geplante Nabucco-Pipeline ziele nicht darauf ab, Russland bewusst zu umgehen, sondern es handle sich um die kürzeste Strecke von der Region des Kaspischen Meeres nach Mitteleuropa. Der Berichterstatter kam zu dem Ergebnis, dass die alltäglichen Besorgnisse über Erdöl- und Erdgaslieferungen jedoch nicht die langfristige Vision eines „Lebens nach dem Öl“ überdecken dürften.

Der Abgeordnete **Cristian Valeriu Buzea** (Rumänien) leitete die Diskussion mit der These ein, dass sich die Nabucco-Pipeline erledigt habe, wenn sich die von Russland gebaute South-Stream-Pipeline durchsetzen sollte. Außerdem sei für sein Land Kernenergie eine Alternative für mehr Energiesicherheit. Der Abgeordnete **Mario Tagarinski** (Bulgarien) entgegnete, dass es derzeit nicht genug Erdgasvorräte gebe, um die Nabucco-Pipeline am Leben zu erhalten. Es müssten daher weitere Länder in das Projekt eingebunden werden. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) führte aus, dass in den Vereinigten Staaten das Problem des Klimawandels nicht ignoriert werde. Der Öffentlichkeit müsse jedoch bewusst gemacht werden, dass in jedem Falle höhere Energiekosten auf sie zukämen. Fraglich sei, ob Kohle in Zukunft eine Alternative sein könne. Der Abgeordnete **Andreas Loverdos** (Griechenland) verwies auf den Plan der EU, die Treibhausgasemissionen durch Einsatz erneuerbarer Energiequellen, vor allem von Biokraftstoffen im Verkehrssektor, langfristig um 20 Prozent zu reduzieren. Inakzeptabel sei für ihn die Feststellung im Berichtsentwurf, dass der arktische Ozean im Jahr 2040 eisfrei sein könne und dies die Gewinnung von Energieressourcen in der Arktis erleichtere. Der Abgeordnete **Bato-Zhargal Zhambalnimbuev** (Russische Föderation) kritisierte, dass einige Angaben in dem Berichtsentwurf nicht der Realität entsprächen und nicht mit russischen Daten übereinstimmten. Viele Dinge würden nicht richtig dargestellt wie zum Beispiel die angeblichen Probleme der russischen Energiewirtschaft. Darüber hinaus sei in Russland keine Liberalisierung des

Gasmarktes möglich, weil viele Regionen noch nicht an das Gasnetz angeschlossen seien. Der Abgeordnete **Marwan Kamal** (Jordanien) mahnte an, dass die Schwellenländer bei der weiteren Entwicklung nicht außer Betracht gelassen werden dürften. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) vertrat den Standpunkt, dass der sicherste Weg der Energieversorgung immer noch der Einsatz von Kernkraft sei. Er erläuterte in diesem Zusammenhang das internationale Fusionsexperiment ITER, welches Wege zu einer wirtschaftlichen Nutzung der kontrollierten Kernfusion aufzeigen solle. Im Jahr 2005 sei mit dem Bau des so genannten ITER-Reaktors in Cadarache in Südfrankreich begonnen worden.

IV. Entwurf des Generalberichts „Verminderung der weltweiten nuklearen Bedrohung“, vorgelegt vom Generalberichterstatler Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Die Verminderung der weltweiten nuklearen Bedrohung sei die bedeutsamste Aufgabe, vor der die Welt seit 60 Jahren stehe – so begann **Senator Pierre Claude Nolin** seine Zusammenfassung des Generalberichts. Zur Lösung böten sich zwei Alternativen an: nukleare Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung. Er sei überzeugt, dass die Fortschritte in Richtung auf eine vollständige nukleare Abrüstung der P-5-Staaten weitergehen und beschleunigt werden müssten, nicht nur wegen der Übereinstimmung mit den Grundwerten demokratischer Gesellschaften, sondern auch weil die vorhandenen Kernwaffenkomplexe für die Welt nach dem Kalten Krieg immer noch zu groß seien und eine Gefahrenquelle darstellten. Das Endziel einer kernwaffenfreien Welt dürfe nie von der weltpolitischen Agenda verschwinden, auch wenn es sich gegenwärtig als unrealistisch ausnehme. Dazu müssten allerdings zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt werden: Zunächst müsse ein effektiver Verifizierungsmechanismus eingeführt werden. Darüber hinaus müssten politische/regionale Spannungen beseitigt werden, so z. B. zwischen Pakistan und Indien. Die P-5-Staaten müssten ein breites Spektrum von Maßnahmen ergreifen. Dazu gehörten unter anderem die Stärkung des internationalen rechtlichen Rahmens, die Erhöhung des Anteils der nicht in höchster Einsatzbereitschaft gehaltenen operativen Sprengköpfe, die Prüfung der Möglichkeit, taktische Kernwaffen der Vereinigten Staaten von europäischen Stützpunkten abzuziehen, die Förderung und Entwicklung neuer intelligenter Militärtechnologien, die Ausarbeitung internationaler Sicherheitsstandards für die Lagerung spaltbarer Materialien sowie die Verbesserung der Nachweismethoden. Weiterhin sei es dringend erforderlich, die internationale Zusammenarbeit und den Informationsaustausch über gesetzeswidrigen Nuklearschmuggel auszuweiten. Es müssten zudem erhebliche Anstrengungen unternommen werden, damit spaltbares Material nicht in die Hände von terroristischen Organisationen gelange. Im Jahr 2010 werde eine Revision des Atomwaffensperrvertrages stattfinden. Ein Scheitern der Verhandlungen sei nicht zu verantworten. Die Politiker müssten ihre Regierungen daher auffordern, entsprechend tätig zu werden.

V. Vortrag von Dr. William Potter, Sam Nunn und Richard Lugar, Professor für Nichtverbreitungsstudien und Direktor des James Martin Center für Nichtverbreitungsstudien, Monterey Institute of International Studies zum Thema „Gefahren des gesetzeswidrigen Nuklearschmuggels: Theorie und Wirklichkeit in der Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Russland“

Zu Beginn seiner Präsentation gab **Dr. William Potter** einen Überblick über die Entwicklung des Nuklearschmuggels seit 1992. Insgesamt seien weltweit etwa 20 Fälle dokumentiert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe es vermehrt Diebstähle durch Angestellte einschlägiger Einrichtungen gegeben. Die Täter seien jedoch meist laienhaft vorgegangen. Mitte der 1990er Jahre seien aus einem Institut in Suchumi zwei Kilogramm hoch angereichertes Uran verschwunden und seitdem nicht mehr aufgetaucht. Einen weiteren Fall habe es im Jahr 2000 gegeben. Diese wenigen Fälle dürften allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dunkelziffer erheblicher höher sei. Eine internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des gesetzeswidrigen Nuklearschmuggels sei daher dringend erforderlich. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) müsse bei der Einrichtung und Pflege einer entsprechenden Datenbank unterstützt und regelmäßig über Schmuggelaktivitäten unterrichtet werden. Trotz der bisher dokumentierten 20 Fälle hätten bisher weder die Vereinigten Staaten noch Russland der IAEO entsprechende Informationen geliefert. Es gebe auch keine Hinweise darauf, dass beide Staaten bei der Bekämpfung des Atomschmuggels zusammenarbeiten oder Daten austauschten. **Dr. William Potter** appellierte daher dringend an beide Länder, die Zusammenarbeit zu verbessern. Der Schmuggel von spaltbarem Material könne nicht unilateral bekämpft werden.

Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) äußerte Besorgnis über die in dem Bericht dargestellte Entwicklung und wies darauf hin, dass der Transport von spaltbarem Material relativ einfach sei und nur schwer kontrolliert werden könne. Hinzu komme, dass Russland sein Atomwaffenarsenal disloziere statt es auszumustern. Dabei bestehe die große Gefahr, dass spaltbares Material in die Hände von terroristischen Organisationen gelange. Seiner Meinung nach sei ein internationales System erforderlich, mit dem Atomwaffen gezählt würden und das einen Überblick über deren Entsorgung verschaffe. Der Abgeordnete **Rafael Gimalov** (Russische Föderation) forderte den Berichterstatler auf, seinen Generalbericht um einen weiteren Abschnitt zu ergänzen. Dort fehlten bisher Ausführungen zu den Gefahren, die von den Ländern ausgingen, die ihre Atomprogramme weiterverfolgten ohne in internationale Strukturen eingebunden zu sein; dies seien vor allem Indien, Pakistan und der Iran. Man müsse nach Lösungen suchen, wie man diese Länder überzeugen könne, an den internationalen Regelwerken teilzunehmen.

Dr. William Potter entgegnete, dass er sich in seinem Bericht auf die Vereinigten Staaten und Russland konzen-

triert habe, da sich dort 95 Prozent der weltweit verfügbaren Kernwaffen befänden. Indien, Pakistan und der Iran seien nicht Parteien des Kernwaffensperrvertrages; die Problematik dort sei anders zu beurteilen. Viel wichtiger sei es, sich mit einer anderen Art von Bedrohung, nämlich der Lagerung atomarer Abfälle zu beschäftigen, wo ein höheres Maß an Transparenz erforderlich sei.

VI. Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Raketenabwehr: Die Perspektive der Allianz“, vorgestellt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Die Frage, ein amerikanisches Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik zu stationieren, nehme einen bedeutenden Platz auf der internationalen Tagesordnung und der Agenda der NATO ein. Der Gipfel von Bukarest habe den Weg für eine Beteiligung des Bündnisses an dem Projekt geebnet und eine Debatte über die transatlantische Dimension dieses Themas gefördert. Die Einzelheiten der zukünftigen Raketenabwehrarchitektur müssten auf dem NATO-Gipfel 2009 ausgearbeitet werden. Dabei seien folgende Punkte zu berücksichtigen: Das territoriale Raketenabwehrsystem für Europa müsse rudimentär bleiben, das heißt, es solle nicht zu einem umfassenden Abwehrschild entwickelt werden. Gleichzeitig müsse aber gewährleistet sein, dass das zukünftige NATO-System einen verlässlichen Schutz gegen so genannte Schurkenstaaten oder unbeabsichtigte Raketenstarts biete, jedoch gleichzeitig nicht das strategische Gleichgewicht auf der Welt verzerre. Weiterhin sei ein Dialog erforderlich, um den Gegnern des Systems – insbesondere Russland – zu versichern, dass dieses keine Gefahr für ihre vitalen Sicherheitsinteressen darstellen werde. Das Bündnis müsse die Raketenabwehr als Teil einer umfassenden Strategie zur Verringerung der weltweiten Bedrohung durch ballistische Flugkörper betrachten. Diese Strategie müsse sich in erster Linie auf eine Verstärkung und Ausweitung der internationalen Waffenkontroll- und Nichtverbreitungsregimes konzentrieren. Darüber hinaus seien weitere Studien notwendig, um eventuelle technologische Alternativen, darunter seegestützte Systeme und Laser, zu bewerten. Die Stationierung von Abfangflugkörpern im Weltraum müsse allerdings ausdrücklich verboten werden. Am wichtigsten sei es jedoch, der dem Projekt derzeit kritisch gegenüberstehenden Öffentlichkeit in Polen und in der Tschechischen Republik die Gründe für die Stationierung des Systems richtig zu erklären. Man müsse sie davon überzeugen, dass es ihre Sicherheit erhöhe und zu einer Stärkung der Solidarität in der Allianz beitrage.

VII. Vortrag von Dr. Bernd Kubbig, Projektdirektor, Peace Research Institute Frankfurt zum Thema „Transatlantische Raketenabwehrpolitik: Elemente eines konzeptionellen Rahmens“

Dr. Bernd Kubbig stellte zu Beginn seines Vortrags fest, dass eine aktuelle Bedrohung derzeit nicht bestehe. Die horizontale Verbreitung von Raketen habe in den letzten

Jahren abgenommen; lediglich die Qualität der entsprechenden Systeme sei verbessert worden. Selbst bei einer Raketenbedrohung durch den Iran sei ein Raketenabwehrsystem nicht zwingend erforderlich. Wolle man an den Plänen für ein solches System festhalten, müsse dieses – insbesondere im Hinblick auf die entstehenden Kosten – wirtschaftlich vertretbar bleiben. Darüber hinaus dürfe nicht vergessen werden, dass die geplante Raketenabwehr technisch noch nicht ausgereift sei. Hinzu komme, dass die abschreckende Wirkung eines solchen Systems nicht bewiesen sei; dieses sei auch mit den Grundsätzen der Rüstungskontrolle unvereinbar. Weiterhin seien die politischen Beziehungen zu Russland gefährdet, es sei denn, Moskau werde als gleichberechtigter Partner in das geplante Programm integriert. Insgesamt sei beim Thema der Raketenabwehr ein umsichtiges Vorgehen dringend erforderlich. Dabei dürften die bestehenden militärischen Kapazitäten im nuklearen und konventionellen Bereich nicht außer Acht gelassen werden. Er schlage vor, nach weiteren Alternativen zu dem geplanten System zu suchen. Im Hinblick auf den Iran halte er es für sinnvoll, den direkten Dialog mit Teheran zu führen und damit die herrschende Elite herauszufordern und vielleicht sogar zu spalten. Schließlich appelliere er an alle Parlamentarier, den Vereinigten Staaten und insbesondere dem Ende des Jahres 2008 zu wählenden Präsidenten Alternativen zu dem derzeit beabsichtigten System vorzuschlagen. Der Abgeordnete **Tomás Dub** (Tschechische Republik) erklärte, dass 60 Prozent der Bevölkerung gegen die Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems in seinem Land seien. Allerdings seien auch 60 Prozent der Bevölkerung mit einem Raketenabwehrsystem der NATO grundsätzlich einverstanden. Der Abgeordnete **Andrzej Galażewski** (Polen) machte deutlich, dass es bei dem geplanten System aus politischer Sicht zwei Probleme gebe: zum einen die Akzeptanz in der Öffentlichkeit, zum anderen die Beziehungen zwischen Russland und Polen bzw. Russland und den Vereinigten Staaten. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) widersprach entschieden den Ausführungen von Dr. Bernd Kubbig. Er betonte den präventiven Charakter des geplanten Systems und hob dessen Bedeutung zum Schutz vor einer kriegerischen Auseinandersetzung hervor. Das Projekt müsse weiterverfolgt werden. Als Parlamentarier wolle er nicht die Verantwortung dafür tragen, wenn New York City eines Tages durch Raketen in Schutt und Asche gelegt werde. Der Abgeordnete **Nikolay Levichev** (Russische Föderation) bezweifelte die Sicherheit des geplanten Systems; dieses werde weitere Gefahren mit sich bringen. Der Abgeordnete **Cristian Valeriu Buzea** (Rumänien) wies darauf hin, dass das System in seiner jetzigen Form Südosteuropa keinen Schutz biete; diese Region dürfe bei der weiteren Planung nicht vergessen werden.

VIII. Diskussion über ein neues Strategisches Konzept der NATO

Die Ausschussmitglieder befassten sich mit dem geplanten Beitrag der Versammlung für ein neues Strategisches Konzept der NATO und diskutierten den vom Ständigen Ausschuss vorgelegten Textentwurf.

IX. Ausschussaktivitäten im Jahr 2008

Zum Ende der Sitzung informierte der Vorsitzende **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) die Mitglieder über die Terminplanungen des Ausschusses.

Plenarsitzung

Am Dienstag, dem 27. Mai 2008, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, José Lello (Portugal), die Plenarsitzung der Versammlung statt.

I. Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Der Präsident des Deutschen Bundestages, **Prof. Dr. Norbert Lammert**, begrüßte die Delegierten und erinnerte daran, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO bereits zum dritten Mal in Berlin stattfindet. Dies verdeutliche, wie wichtig die NATO für Deutschland sei und welche Wertschätzung sie hier erfahre. Der Aufbau der Bundeswehr habe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem der NATO stattgefunden. Deutschland fühle sich daher in besonderer Weise durch die NATO begünstigt. Hervorzuheben sei, dass die NATO als Sicherheitsbündnis immer auf demokratischen Strukturen und Prinzipien beruht habe. Berlin sei zudem der richtige Ort für diese Konferenz. Die Stadt sei ein Symbol für die Wiederherstellung der Einheit des Kontinents; dies sei ohne die NATO nicht möglich gewesen. Im Namen des deutschen Parlaments danke er daher für die Unterstützung und die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

II. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Abgeordneter José Lello (Portugal)

Der Präsident der NATO PV, Abgeordneter **José Lello**, stellte zu Beginn seiner Rede die Bedeutung der Stadt Berlin als Tagungsort heraus. Die Stadt sei inzwischen ein Inbegriff für die europäische Einheit geworden. Die Allianz selbst vereine Menschen in aller Welt. Ihre Aufgabe sei es, die Bürger zu überzeugen, dass die NATO nicht ein Relikt der Vergangenheit sei, sondern immer noch gebraucht werde. Auf dem Gipfel in Bukarest seien die Herausforderungen des Bündnisses im 21. Jahrhundert beschrieben worden. In diesem Zusammenhang sei besonders der Einsatz in Afghanistan zu nennen; bei diesem müssten die Verantwortlichkeiten innerhalb der Allianz gerecht verteilt werden. Darüber hinaus werde das Bündnis beitragswilligen Staaten offenstehen. Diese müssten im Gegenzug beim Aufbau demokratischer Strukturen und der Stärkung bei der parlamentarischen Kontrolle unterstützt werden. Weiterhin sei es an der Zeit, das Strategische Konzept der NATO zu überarbeiten. Die Ausschüsse der Versammlung hätten in den vergangenen Tagen einen vom Ständigen Ausschuss vorbereiteten Entwurf diskutiert.

Der Präsident José Lello gratulierte Albanien und Kroatien zu der in Bukarest ausgesprochenen Einladung zur Mitgliedschaft. Im Hinblick auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sei er sicher, dass im Namens-

streit ein Kompromiss gefunden werde, der dem Land die Vollmitgliedschaft im Bündnis ermögliche. Zur Beitrittsperspektive der Ukraine und Georgiens merkte er Folgendes an: Die Versammlung habe immer schon ein großes Interesse am Reformprozess in diesen Ländern gezeigt. Er halte es daher für die richtige Lösung, ihnen den MAP anzubieten.

Besonders wichtig sei für das Bündnis das Verhältnis zur Russischen Föderation; diese müsse stets als Partner betrachtet werden. Es gebe eine Vielzahl von Problemen, wie zum Beispiel die Stabilisierung Afghanistans, der Kampf gegen Drogen und Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Menschenhandel, bei deren Lösung eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Russischen Föderation unentbehrlich sei. Die Parlamentarische Versammlung der NATO schätze seit Jahren schon die Zusammenarbeit mit dem russischen Parlament.

Eine besondere Verantwortung komme dem Bündnis gegenüber den Ländern aus dem Mittelmeerraum, dem Nahen Osten sowie Afghanistan und Pakistan zu. Er freue sich daher besonders, dass eine Einladung an den Präsidenten der Arabischen Liga ergangen sei, bei der Jahrestagung in Valencia, Spanien, zu den Delegierten der Versammlung zu sprechen.

Die Parlamentarische Versammlung der NATO sei – so stellte José Lello zusammenfassend fest – ein Marktführer im Bereich der parlamentarischen Demokratie; er sei überzeugt, dass sie diese Position in den nächsten Jahren beibehalten werde. Wichtig sei jedoch die wachsende Bedeutung im Zusammenspiel zwischen der Parlamentarischen Versammlung und der NATO selbst. Besonders hervorzuheben sei das Engagement des NATO-Generalsekretärs, Jaap de Hoop Scheffer, und die in der Vergangenheit durchgeführten gemeinsamen Sitzungen beider Organisationen. Er sei zuversichtlich, dass sich die NATO den Herausforderungen der Welt anpasse und die Versammlung weiterhin eine wichtige Rolle bei der transatlantischen Partnerschaft spielen werde.

III. Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit

Der Regierende Bürgermeister **Klaus Wowereit** begrüßte die Delegierten in Berlin und wies darauf hin, dass nirgendwo anders als in dieser Stadt zu sehen sei, wie die globale Sicherheitsarchitektur das Leben der Menschen bestimme. Vor 20 Jahren sei Berlin noch eine geteilte Stadt und die Durchführung dieser Konferenz undenkbar gewesen. Heute präsentiere sich Berlin als weltoffene Kulturmetropole, in der Menschen aus 180 Nationen friedlich zusammenlebten. Diese Entwicklung habe die Stadt den Bürgerbewegungen in Osteuropa und der DDR zu verdanken, die letztendlich den Eisernen Vorhang niedergerissen hätten, aber auch der NATO als Bündnispartner. Der Tag des Mauerfalls sei der Beginn einer Ära des Zusammenwachsens für Ost-, West- und Mitteleuropa gewesen. Berlin sei die Stadt, die am meisten davon profitiert habe. Die NATO sei als Folge der Teilung der Welt entstanden und heute ein Garant für Frieden und Sicherheit. Zu den Herausforderungen des Bündnisses gehörten

heute unter anderem die Bekämpfung des Terrorismus, der Klimaschutz und die Überwindung der Nahrungsmittelknappheit. Auch Berlin erbringe seinen Beitrag zur Förderung von Frieden und Sicherheit: So bildeten beispielsweise Berliner Polizisten Sicherheitskräfte in Afghanistan, dem Kosovo, in Bosnien und Herzegowina und im Sudan aus. Er sei zudem der Überzeugung, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stets Friedenspolitik sei – oder um mit Willy Brandt zu sprechen: Friedenspolitik sei der eigentliche Ernstfall deutscher Außenpolitik. Von zentraler Bedeutung sei, dass die Parlamente in sicherheitspolitische Entscheidungsmechanismen eingebunden würden. Friedens- und Sicherheitspolitik sei heute gleichbedeutend mit einem Engagement für eine freiheitliche und gerechte Prägung der globalen Ordnung zu sehen. Dieser Herausforderung stelle sich Deutschland in der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), der NATO, der EU und vielen anderen internationalen Organisationen.

Berlin habe in der Vergangenheit eine beeindruckende Solidarität der Bündnispartner erfahren. Er erinnere nur an die Luftbrücke 1948/1949 und an die Absicherung der deutschen Einheit. Die tiefe Dankbarkeit für die erfahrene Unterstützung verpflichte aber auch, andere an den Früchten des Erfolgs teilhaben zu lassen.

Frieden und Demokratie müssten sich täglich bewähren und täglich neu verteidigt werden. Die Rolle der NATO sei nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in diesem Zusammenhang umso wichtiger. Er hoffe, dass den Teilnehmern der Konferenz am Beispiel Berlins deutlich werde, dass sich ihr Einsatz für Freiheit und Demokratie gelohnt habe.

IV. Vortrag von General Egon Ramms, Kommandeur des Joint Forces Command Brunssum mit anschließender Aussprache

Es sei ein sehr ermutigendes Zeichen, dass sich die Konferenz in den vergangenen Tagen ausführlich mit dem Thema Afghanistan befasst habe – so begann General **Egon Ramms** seinen Vortrag. Er freue sich, dass er den Delegierten einen Überblick über das Engagement der NATO in Afghanistan geben und über seine Erfahrungen als Kommandeur des Joint Forces Command Brunssum berichten könne. Der Einsatz in Afghanistan habe folgende Schwerpunkte: Sicherheit, Verbesserung der Regierungsführung sowie Wiederaufbau und Entwicklung. Das Thema Sicherheit sei schwerpunktmäßig eine Aufgabe der ISAF, mache allerdings nur einen Gesamtanteil von 20 bis 30 Prozent aus. Auch die afghanischen Sicherheitsbehörden und die afghanische Regierung nähmen bereits Aufgaben in diesem Sektor wahr. ISAF leite und koordiniere die Tätigkeit. Allerdings brauche man noch Zeit und vor allem Unterstützung bei der Ausbildung der Ortskräfte. Am wichtigsten sei jedoch der Schutz der Bevölkerung. Mit Sorge beobachte er ein Wiedererstarken der Taliban. Wolle die NATO in Afghanistan erfolgreich sein, müsse sie vor allem die Herzen der Menschen gewinnen. Dabei erwarte man die Unterstützung der VN und der EU.

Über reine Sicherheitsfragen hinaus sei allerdings ein umfassender Ansatz zur Lösung der Probleme des Landes erforderlich. Das Joint Forces Command Brunssum habe kürzlich eine Konferenz organisiert, bei der insgesamt 14 afghanische Organisationen die Zukunft des Landes beraten hätten. Das Ergebnis sei ein Aktionsplan für ein weiteres Vorgehen gewesen. Darüber hinaus habe man die PRT-Konferenz in Maastricht organisiert. Alleine könne man die Probleme des Landes allerdings nicht lösen; bei der Umsetzung des Aktionsplans werde die Unterstützung anderer Staaten benötigt.

Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) erinnerte an eine Ankündigung des Präsidenten Nicolas Sarkozy, dass Frankreich sein Engagement in Afghanistan noch verstärken wolle. Insbesondere solle ein kanadisches Kontingent in Kandahar entlastet werden. Von Interesse sei es für ihn zu erfahren, wie die NATO Pakistan unterstützen könne, ob man die Taliban mit einer wirtschaftlichen Strategie insbesondere bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels isolieren könne und inwieweit die NATO bei der Ausbildung der Bevölkerung im militärischen und zivilen Bereich tätig sei.

General **Egon Ramms** erklärte, dass die Beziehungen zwischen der NATO und Pakistan nicht nur militärischer sondern auch politischer Natur seien. Im militärischen Teil habe man bereits sehr viel erreicht; so seien pakistanische Offiziere im ISAF-Hauptquartier tätig. Im politischen Bereich sei dies schwieriger und es müsse noch einiges getan werden. Die NATO plane, demnächst ein Verbindungsbüro in Pakistan zu eröffnen. Weiterhin sei es derzeit schwierig, die Taliban mit einer Wirtschaftsstrategie zu isolieren. Die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels habe beim afghanischen Militär keine Priorität. Der NATO und den internationalen Schutztruppen seien in diesem Bereich Grenzen gesetzt. Auf jeden Fall sei mehr Personal erforderlich. Was die Ausbildung der Bevölkerung betreffe, so sei die NATO nur für den militärischen Bereich zuständig; die Fortbildung im zivilen Bereich sei eine Aufgabe der Staatengemeinschaft.

Auf die Frage des Abgeordneten **Leon Benoit** (Kanada) antwortete General **Egon Ramms**, dass zur Bewältigung der Aufgaben in Afghanistan auf jeden Fall mehr Truppen erforderlich seien. Exakte Zahlen wolle er nicht nennen, denn es gehe eher um Kapazitäten. Am wichtigsten sei, dass in jeder Region des insgesamt schwer zugänglichen Landes Reservetruppen stehen müssten. Benötigt würden vor allem Hubschrauber, Transport- und Aufklärungskapazitäten. Das Land verfüge nur über eine unterentwickelte Infrastruktur. Für Strecken, die man in Europa an einem Tag bewältige, brauche man in Afghanistan ohne Hubschrauber eine Woche. Der Einsatz in Afghanistan sei für die NATO eine ihrer wichtigsten Missionen überhaupt. Er frage daher, warum im Kosovo Reservetruppen zur Verfügung stünden, allerdings nicht in Afghanistan.

Auf die Frage des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal) erklärt General **Egon Ramms**, dass derzeit etwa 50 Operational Mentor and Liaison Teams (OMLTs) im Einsatz seien. Die derzeit bestehenden Einheiten der afghanischen Armee würden von US-Truppen unterstützt.

Allerdings müssten die Kapazitäten noch weiter ausgebaut werden. Im Ausbildungssystem der afghanischen Armee bestehe derzeit eine Konzentration auf die Grundausbildung. Durch die Unterstützung der OMLTs biete sich die Möglichkeit, die Einheiten auf volle Kompaniestärke aufzurüsten. Die Einheiten der afghanischen Armee arbeiteten nach einem Rotationsprinzip. Nach einer Grundausbildung und einer Einsatzvorbereitung von jeweils drei Monaten schließe sich der eigentliche Einsatz von drei Monaten Dauer an, gefolgt von einer dreimonatigen Erholungspause. Ziel sei es, die Stärke der Einheiten auf 130 Prozent zu erhöhen. Es sei allerdings bereits jetzt absehbar, dass der Aufbau der afghanischen Armee im Jahr 2009 langsamer ablaufen werde. Derzeit könne er noch keine weiteren Einzelheiten nennen; es müssten erst noch weitere Erfahrungen gesammelt werden. Die insgesamt positive Entwicklung sei jedoch auf die enge Zusammenarbeit mit ISAF zurückzuführen. Ein wichtiger Punkt sei darüber hinaus die Koordinierung der Aufgaben im innenpolitischen Teil. Insgesamt sei man mit der Entwicklung im Land selbst ein gutes Stück weitergekommen. Vorrang habe dabei vor allem die Verbesserung der Sicherheitslage der afghanischen Bevölkerung.

Auf die Frage des Abgeordneten **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) erklärte General **Egon Ramms**, dass Fortschritte bei der Aufhebung von staatlichen Vorbehalten und Einschränkungen, so genannten *caveats*, bei einigen der 37 an ISAF beteiligten Staaten verzeichnet werden könnten. Die weitere Entwicklung müsse jedoch beobachtet werden.

Auf die Frage der Abgeordneten **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) berichtete General **Egon Ramms**, dass die Ausbildung der afghanischen Armee nicht zuletzt dank des Einsatzes der amerikanischen Ausbildungsmission Fortschritte mache. Die Soldaten und die Kommandeure seien hoch motiviert und der Aufbau gehe schneller voran als gedacht. Die Lage bei der Polizei sei hingegen schwieriger. Dort sei man zwei Jahre hinter dem vorgesehenen Plan zurück. Aufgrund der amerikanischen Unterstützung habe man die Ausbildung der Polizei vor Ort beschleunigen können. Dies sei sehr wichtig, da die Polizei das Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Regierung darstelle. Allerdings behinderten sich Polizeieinheiten manchmal gegenseitig. Insgesamt gehe es jedoch vorwärts.

Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) erklärte, dass die von der NATO in Afghanistan gesteckten Ziele unmöglich erreicht werden könnten. Größtes Problem sei der Drogenhandel, an dem auch Staaten wie der Iran und der Irak beteiligt seien. Außerdem müsse Russlands Beitrag insbesondere bei der Befreiung Kabuls gewürdigt werden. Insgesamt hege er den Verdacht, dass General Egon Ramms den Delegierten nicht die Wahrheit sage. Dies gelte insbesondere für das Engagement der neuen und alten NATO-Mitgliedstaaten.

General **Egon Ramms** entgegnete, er sei in den Jahren seiner Tätigkeit für das Bundesministerium der Verteidigung insbesondere bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages dafür bekannt gewesen, dass er stets offen und wahrheitsgemäß berichtet habe. Er trete daher dem Vor-

wurf, nicht die Wahrheit zu sagen, aufs Entschiedenste entgegen. Was den Drogenhandel betreffe, gebe er zu bedenken, dass die Route über Russland nicht vergessen werden dürfe. Schließlich wolle er nochmals klarstellen, dass sich in Afghanistan insgesamt 40 Nationen engagierten, worunter auch einige seien, die als neue Mitglieder der NATO in Frage kämen. Militärisch gesehen sei das Projekt Afghanistan nicht zu verlieren; zu gewinnen sei es aber auch nur, wenn wirtschaftliche und soziale Fragen gelöst werden könnten.

Der Abgeordnete **Sardar Latif Khosa** (Pakistan) kritisierte, dass General Egon Ramms Pakistan in seinem Bericht zu negativ dargestellt habe. Das Land habe insgesamt 80 000 Soldaten an der Grenze zu Afghanistan stationiert; 2 000 Soldaten hätten im Kampf gegen die Taliban ihr Leben verloren. Das Land unterstütze die NATO und habe schon Verdächtige ausgeliefert.

General **Egon Ramms** stellte klar, dass er im Gegenteil die gute Zusammenarbeit zwischen der NATO und Pakistan gelobt habe und die NATO auch demnächst ein Verbindungsbüro in Pakistan einrichten werde. Er erkenne auch die Verdienste des Landes bei der Aufnahme von Flüchtlingen an. Schwierigkeiten gebe es – und dazu stehe er nach wie vor – bei der Sicherung und Verwaltung der Grenzregionen und der Verwaltung der Stammesbereiche.

Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) fragte, welche Strategien in Afghanistan in Bezug auf die Zielstellung der Polizei verfolgt würden, und welche Art von Polizisten das Land brauche. Außerdem interessiere ihn, wie für künftige Einsätze Strukturen geschaffen werden könnten. Es sei denkbar, dass zwischen der NATO und der EU beziehungsweise den Vereinigten Staaten Vertragsstrukturen geschaffen würden; darüber hinaus könne die NATO auch selbst tätig werden.

General **Egon Ramms** räumte ein, dass diese Frage nicht leicht zu beantworten sei. Die Anforderungen an einen Polizisten in Afghanistan unterschieden sich erheblich von denen in Europa. Ein Polizist in Afghanistan müsse vielseitig einsetzbar sein: Neben Aufgaben der Strafverfolgung habe er auch eine militärische Funktion. Das Konzept der Vereinigten Staaten zur Ausbildung der afghanischen Polizei gehe in die richtige Richtung. In Europa werde derzeit die Debatte geführt, ob eine europäische Polizei geschaffen werden solle. Seiner Meinung nach wären Angehörige einer solchen Organisation die besten Ausbilder für die afghanische Polizei. Bei der Schaffung von Polizeistrukturen in Afghanistan funktioniere derzeit die Zusammenarbeit zwischen europäischen und amerikanischen Stellen sehr gut. Insgesamt engagierten sich viele Staaten mit ihren nationalen Polizeikräften bei der Ausbildung der afghanischen Kollegen. Gemeinsames Ziel sei es, den Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der afghanischen Polizei so schnell wie möglich zu verbessern.

Auf die Frage des Abgeordneten **Jesus Cuadrado** (Spanien) berichtete General **Egon Ramms**, dass viele Länder eigene PRTs in Afghanistan einsetzten. Auf einer PRT-Konferenz sei kürzlich ein Aktionsplan verabschiedet

worden. Die Arbeit der PRTs werde von ausländischen Hilfsorganisationen unterstützt. Allerdings müsse die Arbeit noch weiter koordiniert werden. Zudem müsse seiner Meinung nach ein einheitliches Berichtswesen eingeführt werden, das nicht nur einen Bericht an die Regierung des eigenen Staates, sondern auch direkt an die NATO vorsehe. Weiterhin sei eine gemeinsame Finanzierung der PRTs erforderlich. Seine Erfahrung habe gezeigt, dass leistungsfähige PRTs in Afghanistan mit ihren Projekten in der Regel weiter fortgeschritten seien als andere.

Auf die Frage des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte General **Egon Ramms**, dass es nach einem Militäreinsatz wie dem in Afghanistan besonders wichtig sei, möglichst schnell eine zivile Infrastruktur aufzubauen. Die Erwartungen der Bevölkerung seien in diesem Zusammenhang sehr hoch und dürften nicht enttäuscht werden.

Auf die Frage des Abgeordneten **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten), was als Folge eines Scheiterns in Afghanistan passiere, antwortete General **Egon Ramms**, dass es nicht zu einem Scheitern der Aktion kommen werde. Die Kapazitäten seien vorhanden und wenn die NATO-Mitgliedstaaten zusammenarbeiteten, werde man in Afghanistan erfolgreich sein. Die NATO habe in ihrer mehr als 60-jährigen Geschichte schon viele Krisen gemeistert und werde auch mit der Herausforderung in Afghanistan fertig.

V. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Göran Lenmarker

Der Präsident **Göran Lenmarker** betonte zu Beginn seiner Rede, dass sich Europa durch die NATO von einem Kontinent des Krieges zu einem Kontinent des Friedens entwickelt habe. Dies sei auch Ergebnis der wachsenden europäischen Integration. Sicherheit sei so wichtig wie die Luft zum Atmen. Der OSZE PV, der er als Präsident vorstehe, gehörten inzwischen 56 Länder an. Auch wenn Europa inzwischen frei und demokratisch sei, bleibe noch viel zu tun. Es gebe in der Welt immer noch kriegerische Auseinandersetzungen, Diktaturen und Armut. Die OSZE PV engagiere sich daher über reine Sicherheitsfragen hinaus. Hauptaufgaben seien zunächst so genannte *frozen conflicts*, wie in Nagorny Karabach. Dort gehe es nicht nur darum, eine Lösung, sondern für diese auch Rückhalt bei der Bevölkerung zu finden. Eine weitere Aufgabe sei die Wahlbeobachtung, wie zuletzt in Georgien. Weitere Herausforderungen der OSZE PV seien die Überwachung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sei der westliche Balkan; aber auch die Schwarzmeerregion nehme immer mehr Raum in den Aktivitäten ein. Zudem zeige die Organisation zunehmend Präsenz in Zentralasien. So werde beispielsweise die nächste Plenartagung der OSZE PV in Astana, Kasachstan, stattfinden.

Zusammenfassend stellte er fest, dass die Welt starke Parlamente brauche. Die Regierungen müssten ihrerseits für Rückhalt ihrer Politik in den Parlamenten und das heißt auch bei der Bevölkerung werben. Besondere Bedeutung komme den parlamentarischen Versammlungen zu. Er

rufe daher die NATO-Parlamentarier auf, sich für ein größeres Gewicht der nationalen Parlamente innerhalb der NATO einzusetzen.

VI. Empfehlung zum internationalen Rechtsstatus der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Die Delegierten billigten den Entwurf einer Empfehlung zum internationalen Rechtsstatus der Parlamentarischen Versammlung der NATO (siehe Anlage).

VII. Rede des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer

Beispielgebend für die Kraft des Zusammenwirkens von Solidarität und Standfestigkeit sei Berlin, eine Stadt, die er immer wieder gern besuche, so leitete **Jaap de Hoop Scheffer** seinen Beitrag ein.

2009 begehe die NATO ihr 60-jähriges Bestehen. Dass sie über die Jahrzehnte so erfolgreich für Frieden, Sicherheit und Demokratie habe einstehen können, verdanke sie auch der NATO PV; ihre Mitglieder seien wichtige Vermittler in beide Richtungen: Sinn und Zweck der NATO den Bürgern in ihren Heimatländern zu erläutern, aber auch die Sorgen und Bedenken eben dieser Bürger den Verantwortlichen der NATO zu vermitteln. Für vier Ziele warb Jaap de Hoop Scheffer bei den Plenarteilnehmern um Unterstützung. Erstens: die Erweiterung – die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und Albanien seien auf gutem Weg und der Generalsekretär zeigte sich zuversichtlich über eine rasche Ratifizierung. Das bedeute für die Beitrittsländer jedoch nicht ein Erlahmen ihrer Bemühungen. Auch für Georgien und die Ukraine sah Jaap de Hoop Scheffer eine deutliche Beitrittsperspektive, sofern sie ihren Reformkurs konsequent verfolgten. Genau beobachte die NATO die russisch-georgischen Beziehungen und werde unermüdlich den Respekt vor der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens einfordern. Zweitens: Afghanistan – beim Gipfel in Bukarest habe die NATO eine strategische Vision verabschiedet, die ein langfristiges Engagement in Afghanistan mit dem Ziel beinhalte, das Land so rasch wie möglich auf eigene Füße zu stellen. Drittens: die Partnerschaften – dabei habe die Kooperation mit Russland einen besonderen Stellenwert. Unter Beteiligung des scheidenden Präsidenten Wladimir Putin hätten die Gipfelteilnehmer häufigere Konsultationen vereinbart. Positiv bewertete Jaap de Hoop Scheffer den Mittelmeerdialog und Gespräche mit Australien und Neuseeland angesichts der Herausforderungen, die an Grenzen von Ländern und Kontinenten nicht Halt machten. Als unverzichtbar bezeichnete er auch eine engere Zusammenarbeit mit EU und VN, die im Ergebnis ein effizienteres Vorgehen ermöglichen werde. Viertens wies der NATO-Generalsekretär deutlich auf die neuen Gefahren – Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, *Cyberterror* und Energieengpässe – hin, gegen die sich die NATO-Verbündeten gemeinsam wappnen sollten. Zum 60-jährigen Bestehen wolle die NATO eine „Erklärung zur Bündnissicherheit“ verabschieden; ein substantielles Dokument als Ergebnis einer fairen grundlegenden

Debatte unter den NATO-Partnern und als Ausdruck ihrer Verbundenheit untereinander.

Der Abgeordnete **Miranda Calha** (Portugal) leitete die Fragerunde ein, indem er die Bedeutung des Mittelmeerdialogs hervorhob. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) bat Jaap de Hoop Scheffer um Erläuterung, wie Pakistan zur Sicherheit in der Region beitragen könne. In seiner Antwort befürwortete Jaap de Hoop Scheffer ausdrücklich den politischen Dialog mit Pakistan. In der Grenzregion zu Afghanistan sei der Spill-over-Effekt sehr groß und man dürfe Pakistan mit dem Problem nicht allein lassen. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) erinnerte daran, dass in Afghanistan nicht nur militärische, sondern auch zivile Unterstützung benötigt werde; insbesondere interessiere sie, wie die politische Kultur gefördert werde und ob der Westen dort überhaupt reüssieren könne. **Jaap de Hoop Scheffer** gab zu bedenken, dass zunächst Sicherheit herrschen müsse, um die weichen Fähigkeiten umsetzen zu können; dafür fehlten im Moment noch die Mittel, um dies zu ermöglichen. Island habe in Afghanistan eine wichtige Rolle übernommen beim Flughafenmanagement. Abschließend ließ der NATO-Generalsekretär keine Zweifel aufkommen, was den Erfolg der Afghanistaneinsätze auf allen Ebenen anbelange.

VIII. Ansprache des Bundesministers des Auswärtigen und Vizekanzlers, Dr. Frank-Walter Steinmeier (Deutschland)

Bundesminister **Doktor Frank-Walter Steinmeier** erklärte, im Zeitalter gemeinsamer globaler Verantwortung sei Kooperation entscheidend, da die wichtigen Zukunftsfragen nur gemeinsam gelöst werden könnten. In der Balkanregion habe das gemeinsame Engagement der NATO-Mitgliedstaaten in der Kombination von militärischem Schutz auf der einen und zivilem Wiederaufbau auf der anderen Seite ein Mehr an Frieden und Sicherheit gebracht und führe auch langfristig zu wachsender wirtschaftlicher Stabilität. In Afghanistan müsse ein gleicher politischer Gesamtansatz verfolgt werden, der den Afghanen zeige, dass ihnen das NATO-Engagement für Frieden und Stabilität nützt und letztlich auch Wohlstand bringt. Er warb vor dem Hintergrund der weltweiten Veränderungen für eine Verantwortungspolitik anstelle von Machtpolitik. Eine Konsequenz daraus sei, dass Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung innerhalb der Allianz wieder einen größeren Stellenwert bekommen müssten. Deutschland habe dazu den Vorschlag eines multilateralen Anreicherungs-zentrums unter Kontrolle der IAEA gemacht. Die zweite Konsequenz sei, dass Russland gebraucht werde – für den Erhalt von Frieden und Stabilität im transatlantisch-eurasischen Raum und bei der Lösung von Konflikten weltweit. Abschließend erklärte Minister **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, bei den schwierigen Themen Raketabwehr, NATO-Osterweiterung und den neuen Sicherheitsbedrohungen müssten gemeinsame Lösungen

gesucht werden. Auch dürfe bei allen Entscheidungen der Gesamtkontext nicht aus den Augen verloren werden.

Auf die Fragen der Abgeordneten **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) und **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) erklärte Minister **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, Deutschland bemühe sich seit Jahren zusammen mit anderen Ländern um eine Lösung des iranischen Nuklearproblems. Eine atomare Bewaffnung des Iran müsse in jedem Fall vermieden werden, würde sie doch eine neue Rüstungspirale im Nahen und Mittleren Osten in Gang setzen. Ein tragender Gedanke des sog. 6er Kreises sei es, gegenüber dem Iran Geschlossenheit zu wahren. Es sei Konsens, einen zweigleisigen Ansatz zu verfolgen mit Druckausübung auf der einen und Angeboten bei kooperativem Verhalten auf der anderen Seite. Mit Blick auf das geplante Raketabwehrsystem stellte **Dr. Frank-Walter Steinmeier** fest, eine gemeinsame Gefährdungsanalyse, auch zusammen mit Russland, könne zu dem Ergebnis führen, dass ein Schutz vor neuartigen Bedrohungen aus dem Nahen und Mittleren Osten gebraucht werde. Man solle sich stattdessen nicht im Konflikt zwischen NATO und Russland verlieren. Die Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen) fragte, ob eine gemeinsame EU-Energiepolitik realistisch sei. **Dr. Frank-Walter Steinmeier** erklärte, als rohstoffarmes Land habe Deutschland durch Diversifizierung der Energiequellen und bei den Rohstofflieferanten Vorsorge getroffen. Gefragt seien aber auch technologische Lösungen und neue Formen der Energieerzeugung. Für eine erfolgreiche Politik sei Energiesolidarität nötig, um gemeinsam Voraussetzungen für Rohstofflieferungen nach Europa zu schaffen und damit die Sicherung der Energiezufuhr zu gewährleisten. Der Abgeordnete **Ostap Semerak** (Ukraine) fragte nach dem Beitrag Deutschlands für die Aufnahme der Ukraine in den MAP. **Dr. Frank-Walter Steinmeier** sah ein großes Problem in der Skepsis der ukrainischen Öffentlichkeit gegenüber der NATO. Auf die Frage des Abgeordneten **Andreas Loverdos** (Griechenland) zum Kosovo erklärte **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, Ziel sei, dass kein Sicherheitsvakuum beim Übergang von UNMIK auf EULEX entstehe. Die Wahrung der Stabilität habe oberste Priorität. Auch Serbien habe letztlich keinen Vorteil von einer dauerhaften Instabilität im Kosovo. Die Abgeordnete **Karien van Gennip** (Niederlande) sprach den Rückgang der öffentlichen Unterstützung in vielen NATO-Ländern für den Einsatz in Afghanistan an und appellierte an Deutschland, im Süden des Landes zu helfen. **Dr. Frank-Walter Steinmeier** warb um gegenseitige Anerkennung, dass jedes Land das ihm größtmögliche tue, um seiner Verantwortung in Afghanistan gerecht zu werden.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,
Staatsminister
Stellvertretender Leiter der
Delegation

EMPFEHLUNG

betr.

**die Anerkennung der Parlamentarischen
Versammlung der NATO**

vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am 27. Mai 2008 in Berlin, Deutschland

Die Parlamentarische Versammlung der NATO,

1. **unter nachdrücklicher Betonung** der einzigartigen Rolle der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) als Forum für den transatlantischen Dialog unter den Parlamentariern aus den NATO-Mitgliedstaaten sowie für den Dialog mit Parlamentariern aus Ländern, die der NATO nicht angehören;
2. **unter Hinweis darauf**, dass die NATO die breiten Interessen des atlantischen Bündnisses mehr als 50 Jahre lang gewahrt und vorangetrieben hat;
3. **in Anerkennung** des herausragenden Beitrags der NATO PV zur Förderung der demokratischen Werte des Bündnisses;
4. **in Anerkennung** der Unterstützung der NATO PV bei den Anstrengungen der Beitrittskandidaten und Partnerländer zur Stärkung und zum Ausbau ihrer demokratischen Institutionen;
5. **unter Hervorhebung** der entscheidenden Funktion der Parlamentarier zur Erhaltung und zur Stärkung des Verständnisses der Öffentlichkeit und zur Unterstützung der Allianz durch die Öffentlichkeit;
6. **in der Überzeugung**, dass die NATO PV eine unverzichtbare Rolle zur Erhaltung des Bündnisses als eine Nationengemeinschaft spielt, die durch ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber den Werten und Überzeugungen verbunden ist;
7. **unter Betonung** der Unabhängigkeit der NATO und der NATO PV im Verhältnis zueinander, und **in Bekräftigung** der Komplementarität ihrer getrennten Rollen;
8. **in Anbetracht** der Rolle des Internationalen Sekretariats zur Unterstützung der Aktivitäten der Versammlung;
9. **RUFT** die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten **DAZU AUF**,
 - a. das Internationale Sekretariat der NATO PV als ein Gebilde anzuerkennen, das mit einer internationalen Rechtspersönlichkeit ausgestattet sein und über einen internationalen Status unter den Mitgliedstaaten verfügen sollte, und
 - b. den in ihrer offiziellen Funktion handelnden Parlamentariern und Mitgliedern des Internationalen Sekretariats angemessene Rechte und gebührenden Schutz zu gewähren.

